BEIHEFTE ZUR
DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG

Herausgegeben in Verbindung mit zahlreichen Gelehrten und Forschern des In- und Auslandes und in Zusammenarbeit mit dem Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte in Tübingen von Dr. habil. Herbert Grabert

2

Kriegsschuldforschung entlastet Deutschland

Ein Überblick von

Studienrat Walther Reitenhart, Geschichtslehrer

1964

R DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG

BEIHEFTE ZUR
DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG

Herausgegeben in Verbindung mit zahlreichen Gelehrten und Forschern des In- und Auslandes und in Zusammenarbeit mit dem Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte in Tübingen von Dr. habil. Herbert Grabert

2

Kriegsschuldforschung entlastet Deutschland

Ein Überblick von

Studienrat Walther Reitenhart, Geschichtslehrer

1964

VERLAG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG

Printed in Germany
Satz und Druck Christian Gulde, Tübingen

Zur Entlastungsliteratur

Wenn wir heute vom Kampf gegen die Kriegsschuldlüge hören, so werden die Älteren und die historisch Interessierten unter den Jüngeren sich zuerst an Versailles, an Art. 231 des Versailler Diktates und an den zähen Kampf deutscher und amerikanischer Historiker, aber auch englischer und französischer Wissenschaftler in den zwanziger Jahren gegen die Lüge von dem alleinigen Weltbrandstifter Deutschland erinnern. Der Begriff „Kriegsschuldlüge" ist zu dieser Zeit geprägt worden.

Heute hingegen geht es um die Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg. Dabei können wir allerdings deutliche Parallelen zum Ersten Weltkrieg und zur Lage Deutschlands danach feststellen. Der eine grundlegende Unterschied zwischen damals und heute springt uns dann geradezu in die Augen.

Übereinstimmung zeigt sich schon in den Ereignissen. 1914 wie 1939 haben wir die fast gleiche Feindkonstellation: die auslösende Macht im Osten und die Kombination England-Frankreich im Westen. In der Person Winston Churchills findet sich sogar noch derselbe Mann eine Generation lang gegen Deutschland tätig. Heute wie damals gibt es den abtrünnigen Bundesgenossen Italien (Cianos verantwortliche Rolle beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird uns noch beschäftigen).

Übereinstimmung zeigt sich aber auch in der Behandlung des besiegten Gegners durch die Sieger. Heute wie damals ist es das große Volk im Herzen Europas, unser Volk, auf dessen Führung man jedesmal alle Schuld häufte, das man angeblich im Interesse des Weltfriedens für immer niederhalten müsse, ja das man, wie es der Präsident der „American Federation of Peace", Theodore Nathan Kaufmann, im Sommer 1941 forderte, vollständig, bis zum letzten Mann, ausrotten müsse. Damals ging es angeblich gegen den Kaiser, heute ist Hitler an allem schuld. Beide sind verschwunden, geblieben aber ist das deutsche Volk, gegen das sich in Wirklichkeit der Haß der Gegner richtete. Peter Kleist

zitiert (Auch Du warst dabei, S. 370) eine englische Auskunft an ein Mitglied der deutschen Widerstandsbewegung: „Sie müssen sich darüber klar sein, daß dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, gleichgültig ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt." — Wer mußte die Opfer bringen, in Versailles sowohl wie nach 1945? Wen ließen die Sieger zahlen, nicht nur finanziell, sondern mit Blut und Leben, mit Hab und Gut, mit Geschichte und Heimat? Nicht den Kaiser, nicht Hitler, nicht eine Oberschicht oder eine Militärkaste, wie man wechselweise vorgab, sondern immer das deutsche Volk.

Und damit hätten wir schon die erste Antwort auf die Frage: „Warum eigentlich Erforschung der Kriegsursachen? Warum die Suche nach den Urhebern des Zweiten Weltkrieges?" — Alles Unrecht, das man uns angetan hat oder noch antut, Vertreibung und Beraubung, Zerreißung unseres Landes, Wiedergutmachungsforderungen und Diffamierung unseres Volkes, alles wird begründet mit dem Hinweis: Deutschland hat ja den Krieg angefangen. Und so ist es ein Gebot nationaler Selbsterhaltung, sich eingehend mit der Kriegsschuldfrage zu beschäftigen. Das heißt also: Wenn wir Deutschen guten Gewissens der Verstümmelung des Reiches, der imperialistischen Ausbeutung unserer Wirtschaftskraft, der Entmündigung durch einen neuen Kolonialismus im Osten und Westen entgegentreten wollen, müssen wir den ehemaligen Feindmächten die Waffe der angemaßten moralischen Überlegenheit aus der Hand schlagen, indem wir die wahren Schuldigen am Ausbruch des Krieges wissenschaftlich unanfechtbar aufweisen.

Es ist weiter eine Forderung nationaler Würde und Selbstachtung, sich nicht ungeprüft zum Kainsvolk der Welt stempeln zu lassen. Denn welcher beschuldigte Mensch versucht nicht sich zu rechtfertigen? Wieviel mehr noch der zu Unrecht verdächtigte, in seiner Ehre angegriffene! Das gilt nicht minder für ein Volk. Ein Volk, das sich dieser Selbstachtung begibt, sinkt in dumpfes Fellachendasein hinab. So wie ohne Ehre nur ein Mann niederer Gesinnung und stumpfen Geistes zu leben vermag, so kann auch ein Volk das Pariadasein auf die Dauer nur ertragen, wenn es freiwillig Verzicht leistet auf Größe und Adel der Haltung, auf Stolz und tapfere, lautere Gesinnung.

Endlich gibt es einen dritten wichtigen Grund, das heiße Eisen

„Kriegsschuld" anzufassen: Die ganz schlichte Forderung der Geschichtswissenschaft nach historischer Redlichkeit und Wahrhaftigkeit. Leopold von Ranke hat im vorigen Jahrhundert den Grundsatz jeder Geschichtswissenschaft formuliert, daß nämlich der Historiker zu fragen habe, wie es denn eigentlich gewesen sei. Damit ist eine eigene Stellungnahme nicht ausgeschlossen, der Geschichtsschreiber kann immer seiner Bewunderung oder seinem Abscheu Ausdruck geben. Darunter aber darf die sachliche Erforschung der Tatsachen nicht leiden, ob diese ihm nun gefallen oder nicht. Zwar läßt sich die Geschichtswissenschaft wohl schon eine Zeit lang zur Untermauerung bereits vorher festgelegter Propagandathesen mißbrauchen, aber auf die Dauer setzt sich gegen alle Täuschung doch das strahlende Licht der Wahrheit durch. Und immer wieder finden sich dann auch die mutigen Bekenner der Wahrheit.

Das also sind in Kürze die drei wichtigsten Gesichtspunkte, die zwingend gerade uns Deutsche zur Beschäftigung mit der Kriegsschuldfrage führen sollten: die Forderungen nationaler Selbsterhaltung, nationaler Selbstachtung und wissenschaftlicher Redlichkeit. Darüber, daß diese drei Punkte lebenswichtig für ein Volk sind, kann es keine Diskussion geben. Umso merkwürdiger berührt es, daß die heutige deutsche Geschichtswissenschaft zur Kriegsschuldfrage vollständig schweigt. Wo sie aber überhaupt Stellung nimmt, setzt sie als selbstverständlich, ohne weitere Begründung, die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs voraus. „Hitler ist an allem schuld!": Dieser These, die monoton, gebetsmühlenhaft wiederholt wird, folgen nicht nur das deutsche Fernsehen, die deutsche Bundesregierung, die großen deutschen Tageszeitungen, die Kirchen und Gewerkschaften, sondern, beschämend genug, auch die sog. Historiker, die in der Öffentlichkeit zu Zeitproblemen Stellung nehmen. Wir erleben hier eine merkwürdige Umkehr der Verhältnisse gegenüber der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Damals gab es eine eindrucksvolle Front gegen die Kriegsschuldlüge, die von links, von der SPD, bis rechts zu den Völkischen, von der Reichsregierung bis zu den Historikern reichte. Selbstverständlich standen auch beide deutsche Reichspräsidenten, Fritz Ebert und Paul von Hindenburg, in dieser Front. Was mag die Bundesregierung und die selbsternannte „Öffentliche Meinung" nur bewogen haben, das Nürnberger Racheurteil in

Bausch und Bogen zu akzeptieren? Es müßte doch zu denken geben, daß die deutschen Historiker zum größten Teil schweigen. Die sich zu Wort melden, sind entweder Ausländer, wie der Schweizer Walther Hofer, Assistenten, d. h. aber Abhängige, wie Gotthard Jasper aus Erlangen, oder Vertreter des Wechselbalges „Politische Wissenschaft", wie Waldemar Besson. Anscheinend sind die deutschen Geschichtsordinarien (mit wenigen Ausnahmen) noch nicht so überzeugt, daß in Nürnberg die Geschichtswissenschaft ihr gerechtes Urteil gesprochen hat. Vielleicht schweigen sie nur, weil es in der Bundesrepublik inopportun ist, eine andere Meinung zu haben als die amtlich genehmigte. Nun, über die Gründe, die zu der jeder normalen Reaktion Hohn sprechenden Haltung der deutschen Öffentlichkeit führen, wollen wir hier nicht rätseln. Es genügt uns die Tatsache, daß noch in unseren Tagen Verleger sich in Deutschland einen Profit ausrechnen, wenn sie das Nürnberger Urteil als Taschenbuch unter die Leute bringen, und daß ein opportunistischer Literat seine hämischen Glossen von 1946 über die „Mächtigen vor Gericht" neu auflegen läßt. (W. E. Süskind, über den Kurt Ziesel in seinem Buch „Das verlorene Gewissen" das Nötige gesagt hat).

Die Frage nach den Schuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird also in der Bundesrepublik mit dem Hinweis auf Nürnberg beantwortet. Nicht kümmern kann uns hier die ganze juristische und moralische Fragwürdigkeit eines Gerichtsverfahrens, bei dem Sieger, Ankläger und Richter ein und dieselbe Person sind, bei dem nach Richtlinien verhandelt wird, die ausdrücklich die Möglichkeiten der Verteidigung beschränken sollen, und bei dem das Urteil nach Kategorien gefällt wird, die zum Zwecke eben dieses Urteils überhaupt erst aufgestellt worden sind. Was uns in diesem Zusammenhang aber angeht, ist die Ungeheuerlichkeit, daß es Leute gibt, Historiker, angebliche Wissenschaftler, die ein auf solchem Wege gewonnenes Urteil für historisch einwandfrei halten und nun nach diesem Modell Geschichte schreiben. So sieht das einzige Werk eines bis 1960 in Deutschland lehrtätigen Historikers zum Kriegsausbruch, das Buch von Prof. Walther Hofer: Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. Neubearbeitete Auflage 1960 in der Fischer-Bücherei, aus wie eine etwas erweiterte Neuauflage der Nürnberger Thesen. Dort steht bereits im Vorwort, was allenfalls das Er-

gebnis gewissenhafter Untersuchungen sein könnte: „*Ein* Kausalzusammenhang ist im Grunde aber von Anfang an unumstritten gewesen — und er ist zugleich der wichtigste und entscheidende: der Zusammenhang zwischen Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg. Die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland ist *die* Voraussetzung, ohne die der Zweite Weltkrieg als historische Erscheinung undenkbar wäre, die nationalsozialistische Diktatur erscheint als die Hauptursache, der Diktator Hitler als der Hauptverantwortliche." Noch schlimmer aber ist es, daß Nürnberger Gerichtshof und Walther Hofer ihren Einzug in die deutschen Schulstuben gehalten haben. „Hitlers Eroberungspolitik und planmäßige Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges: Die Doppelzüngigkeit der Außenpolitik: Friedensbeteuerungen bei gleichzeitiger Kriegsvorbereitung (z. B. ‚Mein Kampf', Hoßbachprotokoll) — Arbeitsbeschaffung im Dienste der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung — Vertragsbrüche und Annexionen — Hitlers Pakt mit Stalin — Der Zweite Weltkrieg als Katastrophe Europas: Überfall auf Polen und auf neutrale Staaten." Hier handelt es sich nicht, wie man meinen sollte, um die These eines notorischen Deutschenhassers aus England oder eines Professors von der Lomonossow-Universität in Moskau, sondern um einen Auszug aus den Richtlinien für Geschichte an den Höheren Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, muß aber noch einmal gesagt werden: Das Nürnberger Urteil hat mit Geschichtsforschung nichts zu tun. Es ist geboren worden aus dem Rachebedürfnis der Alliierten, aus dem Wunsch der Sieger, sich selbst reinzuwaschen auf Kosten des Verlierers, aus dem puritanischen Gefühl sittlicher Überlegenheit der Angloamerikaner, aus der Absicht, sich für das beispiellose politische und wirtschaftliche Vorgehen gegen den Verlierer ein moralisches Fundament zu schaffen, aus dem Wunsch, unser Volk politisch, geistig und seelisch zu köpfen, und endlich aus dem Willen, das Urteil der Geschichte vorwegzunehmen und festzulegen. Wie schlecht das Gewissen der Sieger war und bis heute ist, geht aus der Tatsache hervor, daß sie in Nürnberg neutrale Richter ablehnten und bis heute jede Mitwirkung deutscher oder neutraler Wissenschaftler bei der Veröffentlichung der erbeuteten deutschen Akten strikt verweigern. Wie es da um die Geschichtsschreibung bestellt ist, kann sich jeder selbst ausmalen.

Es kann gar keinen Zweifel geben: Daß 15 Jahre nach Kriegsende die Frage nach den Urhebern des Krieges für den Historiker noch immer unbeantwortet *war*, ist offensichtlich, ja, diese Frage war noch nicht einmal gestellt worden.
Und da kam dann die Umwälzung in der Geschichtsschreibung. Im Verlaufe von zwei Jahren erschienen die großen, maßgebenden Werke, die die Diskussion in der Öffentlichkeit entfachten, schärfstens angegriffen wurden und nun einfach nicht mehr überhörbar sind. Die Kriegsschuldfrage ist in Bewegung geraten, und plötzlich erhalten wir ein ganz anderes Bild, als es uns die Propaganda bisher vorgesetzt hat. Die Konturen der wahren Schuldigen werden sichtbar. Wer noch weiterhin behauptet: „Hitler ist an allem schuld", lügt ganz bewußt, aus welchem Grund auch immer.
Natürlich kam diese große Wende nicht aus heiterem Himmel. Die nationale Presse in Deutschland hat seit Jahren gegen die Lüge von Deutschlands Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg angekämpft. Hier muß vor allem zweier Zeitschriften gedacht werden: der von Arthur Ehrhardt in Coburg herausgegebenen Monatsschrift „Nation Europa", die seit Jahren ihr Maiheft in den Dienst dieses Kampfes stellt und sehr tapfere und gehaltvolle Untersuchungen bringt, und der „Deutschen Hochschullehrer-Zeitung", die von Dr. habil. Herbert Grabert in Tübingen herausgegeben wird und furchtlos keiner Frage ausweicht. Daneben muß erinnert werden an den einsamen Kampf, den Hans Grimm seit Kriegsende führte, an die vorzüglichen Bücher Helmut Sündermanns und an die Bücher, die der Karl-Heinz-Priester- Verlag in Wiesbaden herausbrachte (jetzt beim Damm-Verlag, München). Aber das alles spielte sich weitgehend außerhalb der öffentlichen Diskussion ab, es wurde totgeschwiegen oder kurzerhand als neonazistisch abgetan.
Inzwischen hatte sich in den USA eine Historikerschule zu Wort gemeldet, die schon nach dem Ersten Weltkrieg zu großer Bedeutung gelangt war. Man bezeichnete diese Wissenschaftler als Revisionisten. Damals in den zwanziger Jahren waren es vor allem Sidney B. Fay und Harry E. Barnes, die den Art. 231 des Versailler Diktates, der Deutschlands Kriegsschuld behauptete, widerlegten. Nach 1945 untersuchten amerikanische Historiker den Kriegseintritt der USA unter der Führung Roosevelts und kamen zu der überraschenden, aber wohlbegründeten Feststel-

lung, Präsident Roosevelt habe Japan bewußt zum Angriff auf Pearl Harbour provoziert und durch diese „Hintertür zum Kriege" die Vereinigten Staaten in den europäischen Konflikt hineingezwungen, ja „hineingelogen". Diese These vertrat u. a. einer der bedeutendsten amerikanischen Historiker unseres Jahrhunderts, Charles A. Beard. Andere Revisionisten waren William H. Chamberlin, Charles C. Tansill (von dem das auch in deutscher Sprache erschienene Buch „Die Hintertür zum Kriege" stammt) und wiederum, wie schon vor über einer Generation, Harry E. Barnes. Bei diesen Untersuchungen fiel auch so manches Licht auf Roosevelts Politik in Europa, und so war es selbstverständlich, daß sich endlich auch ein Amerikaner fand, der die These von Hitlers Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg auf ihre historische Stichhaltigkeit überprüfte. Als Ergebnis dieser Überprüfung erschien im Dezember 1961 im Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, herausgegeben von Dr. habil. Herbert Grabert, das Buch von Prof. David L. Hoggan: „Der erzwungene Krieg." Erwachsen ist es aus bewundernswerter Stoffbeherrschung. Prof. Hoggan hat mit außergewöhnlichen Sprachkenntnissen, er spricht sechs Sprachen, alle zugänglichen Quellen und jede nur denkbare Literatur, auch die heute mit einem Tabu belegte aus der Zeit vor 1945, verarbeitet. Man muß als Historiker vor dieser gewaltigen Leistung die größte Hochachtung haben, ob man den Hogganschen Ergebnissen nun zuzustimmen bereit ist oder ob man aus ideologischen Gründen meint, sie ablehnen zu müssen. Die Ablehnung, ja Feindschaft, die Hoggan aus offiziellen Kreisen entgegenschlägt, ist bisher wissenschaftlich unbegründet, denn Hoggan ist in seinen entscheidenden Feststellungen nicht widerlegt, auch nicht durch den letzten Angriff des „Instituts für Zeitgeschichte" in München („David L. Hoggan und die Dokumente"). Selbstverständlich gibt es bei einem Werk von 900 Seiten den einen oder anderen sachlichen Irrtum. Aber solche Irrtümer, die jedem Wissenschaftler unterlaufen können, sind doch keine „Fälschungen", wie man diffamierend behauptet, und zudem wird damit der Kern des Hogganschen Buches gar nicht berührt. Endlich ist ein großer Teil der gegen Hoggan angeführten Beispiele nicht stichhaltig. So ist und bleibt Hoggans Buch nach wie vor der entscheidende Durchbruch.

Etwa zur gleichen Zeit wie „Der erzwungene Krieg" erschien

das Buch des bedeutenden Oxforder Historikers A. J. P. Taylor, eines ausgesprochenen Deutschenhassers, „Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges". Auch dieses Buch kommt zu ganz anderen Ergebnissen als die bisherige Geschichtsschreibung, wenn Taylor auch naturgemäß die Rolle Englands viel positiver beurteilt als Hoggan. Es ist schon fast eine Selbstverständlichkeit, daß auch Taylor, sonst von den deutschen Historikern hoch gelobt, plötzlich abgelehnt wird. Er paßt eben nicht in das deutsche Nachkriegskonzept. Ebenso bedauerlich ist die Abwertung Hoggans und Taylors durch die Bundesregierung und zwar mit ideologischer Begründung. In dem vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Bericht über den Rechtsradikalismus 1962 heißt es: „Mit den in letzter Zeit veröffentlichten Untersuchungen des englischen Historikers Taylor . . . und des amerikanischen Historikers Hoggan . . . glauben die deutschen Rechtsradikalen die Argumente dafür zu besitzen, das deutsche Volk ‚von den Fesseln der zweiten Kriegsschuldlüge' zu befreien . . . Auch andere rechtsradikale Organisationen suchen die Schuld am Zweiten Weltkrieg in erster Linie bei den ehemaligen Kriegsgegnern." Hier wird nicht argumentiert, sondern hier wird ganz einfach, indem man ihnen ein politisches Etikett aufklebt, die Unwissenschaftlichkeit dieser Bücher behauptet.
Während die Bücher Hoggans und Taylors wütend in der Öffentlichkeit angegriffen wurden, bedachte man ein anderes Buch zu diesem Thema mit eisigem Schweigen, obwohl gerade auch dieses Werk zu überraschenden Einsichten kommt, die dem ganzen Kriegsschuldkomplex ein völlig neues Gesicht geben. Es handelt sich um das Buch von Annelies von Ribbentrop, der Witwe des in Nürnberg getöteten Reichsaußenministers Joachim von Ribbentrop, „Verschwörung gegen den Frieden". Hier wird in einzelnen, dokumentarisch belegten Abhandlungen die deutsche Außenpolitik vor Kriegsausbruch untersucht, wobei neues Licht vor allem auf die bedeutende Rolle des deutschen Widerstandes fällt. Wir werden auf die Ergebnisse dieses Buches noch häufig zurückkommen.
Das nächste größere Werk zu unserem Thema mit dem Titel „Englands Krieg gegen Deutschland" stammt von dem inzwischen verstorbenen schottischen Geistlichen Peter H. Nicoll und ist im Frühjahr 1963 in Tübingen erschienen. Die hervorstechenden Züge dieses Buches sind einleuchtende Klarheit der Gedan-

kenführung und ein außerordentlicher Sinn für Gerechtigkeit. Auch hier gibt es einige neue Ergebnisse zur Kriegsschuldfrage.
Das Buch von W. Glasebock „War Deutschland am Zweiten Weltkrieg allein schuld?", im Herbst 1963 erschienen, trägt mehr popularwissenschaftlichen Charakter und wird so seine Verdienste haben.
Von dem Diplom-Politologen Udo Walendy stammt das Buch „Wahrheit für Deutschland", erschienen im Dezember 1963. Es trägt zu manchen Problemen viel Material bei und hat seinen Wert durch die Verarbeitung auch sowjetischer Werke zum Zweiten Weltkrieg.
Als jüngstes Werk zur Kriegsschuldfrage erschien vor kurzem wiederum ein Werk Prof. David L. Hoggans „Frankreichs Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg". Hier wird die Entwicklung Frankreichs, insbesondere seine Außenpolitik von 1934—1939 analysiert und auf Grund von umfassenden Quellen- und Literaturkenntnissen die These Hoggans von der Hauptschuld Englands am Zweiten Weltkrieg am Beispiel der konservativen, auf Versöhnung mit Deutschland gerichteten französischen Außenpolitik in überzeugender Weise untermauert.
Die beiden Bücher Hoggans („Der erzwungene Krieg" und „Frankreichs Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg") sowie Nicolls Buch erschienen als Veröffentlichungen des „Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte" in Tübingen. Begründer und Leiter dieses Instituts ist Dr. habil. Herbert Grabert, Herausgeber der schon erwähnten „Deutschen Hochschullehrer-Zeitung". Er ist einer der aktivsten, leidenschaftlichsten Kämpfer gegen die Kriegsschuldlüge. In den Stellungnahmen zu seiner Person äußert sich noch einmal mit aller Schärfe die Schizophrenie, auf deutsch: das Spaltungsirresein, der heutigen öffentlichen Meinung. Der schon genannte Schweizer Walther Hofer, seit 1960 Professor an der Universität Bern, nennt in einer Besprechung des Hogganschen Buches in der Neuen Zürcher Zeitung Dr. Grabert den „eigentlichen spiritus rector der neonazistischen ‚Geschichtsrevision'". Dagegen schreibt Prof. Harry E. Barnes, der sich selbst als amerikanischen Liberalen bezeichnet und den Nationalsozialismus ablehnt, in der „Deutschen Hochschullehrer-Zeitung": „Ich kenne nur seine (Dr. Graberts) Bemühungen, die Veröffentlichung der Wahrheit

über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges zu fördern, und zwar in einer Form, die sowohl von Wissenschaftlern wie von der deutschen Öffentlichkeit gelesen werden kann . . . Ich meine, sein Programm ist von größter Bedeutung, weil diese Art von Arbeit den einzigen ernsthaften Versuch darstellt, den ich kenne, die Deutschen mit der Wahrheit über eines der entscheidendsten Ereignisse in der modernen Geschichte, wenn nicht der Weltgeschichte, vertraut zu machen." — Wir leben in einer krankhaft gespaltenen Zeit: Die Deutschen bezeichnen den Versuch, Deutschland von der Last der Kriegsschuldlüge zu befreien, als Neonazismus, Ausländer nennen es Patriotismus. Unwürdig allerdings ist es, wenn in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung nach dem Staatsanwalt gerufen wird (dazu noch von betroffener Seite), denn nichts anderes bedeutet ja der Vorwurf des Neonazismus. Vielleicht aber zeigt gerade diese politische Denunziation die wissenschaftliche Brüchigkeit der alten Kriegsschuldthesen: Weil man Hoggan, der zudem Amerikaner ist, wissenschaftlich nichts anhaben kann, schwärzt man seinen deutschen Herausgeber politisch an. Aber die Kriegsschuldfrage ist eben in ein Zwielicht geraten, das der Geschichtswissenschaft noch nie günstig war, nämlich in die illusionistische Bühnenbeleuchtung der Propaganda, der Tagespolitik, des moralischen Egoismus und Pharisäertums und, nicht zu vergessen, der finanziellen Habgier und des wirtschaftlichen Konkurrenzneides. Trotzdem wird sich auf die Dauer die Wahrheit durchsetzen, eben weil sie die Wahrheit ist.
Die folgenden Ergebnisse der Kriegsschuldforschung sind nicht nach der chronologischen Aufeinanderfolge der Ereignisse, sondern thematisch geordnet.

Das Hoßbach-Protokoll

Wir wollen uns zunächst mit der Methode beschäftigen, die man anwendet, um die Kriegsschuld Deutschlands zu beweisen. Man stützt sich dabei auf eine Reihe von sogenannten Schlüsseldokumenten, die z. T. schon in Nürnberg eine große Rolle spielten. Das berühmteste, besser berüchtigtste unter diesen Schriftstükken ist das „Hoßbach-Protokoll".

Hoßbach war am 5. 11. 1937 als Oberst anwesend bei einer Besprechung zwischen Hitler, Generalfeldmarschall von Blomberg, Generaloberst von Fritsch, Generaladmiral Raeder, Generaloberst Göring und Reichsaußenminister von Neurath. Auf dieser Besprechung soll Hitler seine Kriegsabsichten deutlich ausgesprochen haben. Das wurde in Nürnberg aus dem sogenannten Hoßbach-Protokoll herausgelesen und ist bis heute für die Propagandahistoriker feststehende Tatsache. So schreibt Walther Hofer in seinem Buch „Der Nationalsozialismus" (S. 173): „In einer denkwürdigen Ansprache an die höchsten Offiziere der Wehrmacht enthüllte Hitler am 5. November 1937 seine wahren Ziele, wie wir sie aus „Mein Kampf" bereits kennen. Er fühlte sich stark genug, nun zu einer aggressiven und expansiven Außenpolitik überzugehen. Die Inangriffnahme des imperialistischen Programms war in unmittelbare Nähe gerückt." (Man verzeihe das schlechte Deutsch und die seltsame Logik — was aus „Mein Kampf" seit 10 Jahren bekannt ist, wird 1937 „enthüllt". — Beides stammt nicht von mir, sondern von dem Schweizer Historiker und Berner Professor Walther Hofer.)
Bei einer genauen, umfassend angelegten Untersuchung der schriftlichen Überlieferung sowie des Inhalts durch Annelies von Ribbentrop, die auch die außen- und innenpolitische Lage der damaligen Zeit mit in Betracht zieht, zeigen sich höchst seltsame Ergebnisse. Wir können hier nur einige Ergebnisse dieser minuziösen Untersuchung behandeln.
Zu dem Schriftstück selbst, das bis heute die Grundlage für die Behauptung von Hitlers Kriegswillen bildet, stellt Frau von Ribbentrop lakonisch fest (S. 46): „Bei der in Nürnberg vorgelegten ‚Urkunde' handelt es sich um nichts anderes als um eine in Washington ‚beglaubigte Photokopie' einer unauthentischen Abschrift eines verschollenen Originals". Aber selbst dieses höchst seltsame „Dokument" ist noch durch Einschübe und Zusätze rätselhafter Herkunft verfälscht. Ein einfaches, aber handgreifliches Beispiel: Lt. Protokoll soll Hitler behauptet haben, eine französische Offensive könne sich „an unseren Westbefestigungen festlaufen". Die Besprechung, auf der dieser Satz gefallen sein soll, fand am 5. 11. 1937 statt, ein halbes Jahr, *bevor* überhaupt erst der Befehl zum Bau des Westwalls gegeben wurde. So ist es nicht verwunderlich, daß auch Hoßbach heute nicht mehr für jedes Wort seines Protokolls einstehen will.

Die inhaltliche Untersuchung des Protokolls durch Frau von Ribbentrop fördert Unstimmigkeiten und Widersprüche zutage. Aber sie weist auch in aller Deutlichkeit darauf hin, daß selbst in diesem zweifelhaften Schriftstück, was viel zu gern übersehen wird, die Besprechung der einzelnen möglichen Kriegsfälle durch Bedingungssätze eingeleitet wird („Wenn die sozialen Spannungen in Frankreich . . ."). Hitler macht also sein Handeln von dem der Gegenseite abhängig, und das ist alles andere als Verschwörung zu einem Angriffskrieg. Das Fazit der Textuntersuchung lautet dann (S. 64): „Wie auch immer man den einen oder anderen Satz dreht und wendet: Selbst aus der unauthentischen und unkontrollierbaren Hoßbach-Niederschrift wird jeder Unparteiische erkennen, daß Hitlers Überlegungen sich im wesentlichen mit der Frage befaßten, wie die ‚militärpolitische Lage' Deutschlands auf die Länge der Zeit hin oder bei internationalen Komplikationen zu verbessern sei bzw. wie er der Einkreisungsbedrohung Deutschlands begegnen könne."
Noch zwei weitere Zusammenhänge stellt Frau von Ribbentrop eindeutig fest. Zum ersten gibt sie eine einleuchtende Antwort auf die Frage: „Warum fand diese Konferenz überhaupt statt?" Taylor schreibt, zweifellos überspitzt, (S. 176): „Hitler wußte, daß alle (Teilnehmer der Konferenz), Göring ausgenommen, ihm feindlich gegenüberstanden, und er traute nicht einmal Göring. Warum sollte er seine geheimsten Gedanken Männern offenbaren, denen er mißtraute und die er gleich darauf entlassen wollte? Auf diese Frage gibt es eine einfache Antwort: er offenbarte seine geheimsten Gedanken gar nicht. Denn keine außenpolitische Krise machte eine umfassende Diskussion oder weitreichende Entscheidungen erforderlich." Warum also diese Konferenz? Frau von Ribbentrop weist nach, daß Hitler seine Generäle für eine verstärkte Aufrüstung gewinnen wollte, und zwar unter der Bedrohung durch eine bereits seit 1934 laufende gewaltige Rüstung in England. Und die Frage: „Wer hatte ein Interesse an einer verfälschenden Wiedergabe dieser Konferenz?" wird von Annelies von Ribbentrop mit dem Hinweis beantwortet, daß Hoßbach ein Bewunderer des Generalobersten Beck, des militärischen Führers des deutschen Widerstandes, und selbst ein Gegner Hitlers war.
Die Ergebnisse der kritischen Untersuchung des Hoßbach-Protokolls sind durch eine Fülle von verarbeitetem Material und

durch eine präzise Analyse wohlfundiert. Damit erweist sich für jeden unbefangenen Geist klar, daß dieses zweifelhafte Schriftstück bestenfalls in die Kuriositätenkammer der Geschichte gehört, keinesfalls aber Grundlage einer Geschichtsauffassung sein kann. Das ahnt wohl auch die neudeutsche Geschichtsschreibung. Deshalb spricht sie statt von Hoßbach-Protokoll neuerdings lieber von Hoßbach-Memorandum. „Protokoll" klingt so amtlich, nach genauer Niederschrift, so vertrauenswürdig. Alles das ist dieser Fetzen Papier ja nicht. „Memorandum" klingt unverbindlicher. Die geistige Unredlichkeit der heutigen Propagandahistoriker zeigt sich nun darin, daß sie trotz der erkannten Mängel an dem „großen Wahrheitsgehalt" dieses Schriftstücks festhalten.
Und von derselben Fragwürdigkeit, ja Unglaubwürdigkeit sind die anderen „Schlüsseldokumente", wie das sog. Schmundt-Protokoll über eine Ansprache Hitlers vor höheren Offizieren der Wehrmacht am 23. 5. 1939; Hitlers Ansprache vor der deutschen Presse am 10. 11. 1938 (angeblich z. T. festgehalten auf einer Schallplatte) und zwei Niederschriften über eine Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 22. 8. 1939 (Vgl. dazu und auch zum Hoßbach-Protokoll den vorzüglichen Aufsatz in „Nation Europa": Die ‚Schlüsseldokumente' des IMT. Heft 5/1962, und Walendy, S. 356 ff).

Wirtschaftliche Kriegsvorbereitung

Immer wieder wird behauptet, Hitler habe den Angriffskrieg vorbereitet, indem er Deutschland in ein waffenstarrendes, hochgerüstetes Kriegslager verwandelt habe. Bei Walther Hofer heißt es: „Auch das wirtschaftliche Leben wurde mehr und mehr auf die Bedürfnisse des Staates hin organisiert, wenn auch die kapitalistische Wirtschaftsstruktur im wesentlichen erhalten blieb. Die Bedürfnisse des neuen Staates aber standen immer eindeutiger im Zeichen einer umfassenden militärischen Aufrüstung, einer Vorbereitung zum Angriffskrieg" (Der Nationalsozialismus, S. 74).
Ein anderes wirtschaftspolitisches Argument lautet: Weil die Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches zu scheitern drohte,

wählte Hitler den Krieg als Ausweg. So schreibt Hans-Adolf Jacobsen in der Zeitung „Das Parlament" vom 21. 2. 1962: „Hierzu gehört auch, daß Hitlers Ablehnung des bestehenden Wirtschaftssystems 1935/36 unausweichlich zu einem Krieg führen mußte. Der Vierjahresplan riskierte bewußt den ‚Ruin der deutschen Wirtschaft in der Hoffnung, sie durch einen als Beutezug geführten Krieg sanieren zu können.' (Bracher)."
Zur Widerlegung der ersten These gab es immer schon eine Reihe von Zahlen und Daten. Über die Vorbereitungen auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft schreibt der Staatssekretär Hans Joachim Riecke (in dem Sammelwerk: Bilanz des Zweiten Weltkrieges. 1952, S. 332): „Im Vergleich zu 1914 ging das Deutsche Reich 1939 unter grundsätzlich anderen ernährungswirtschaftlichen Voraussetzungen in den Krieg. Die bestehenden Einrichtungen hatten mit der Planung eines Angriffskrieges . . . nichts zu tun. Einzelne Maßnahmen . . . beweisen vielmehr, daß die agrarpolitische Führung des Deutschen Reiches vor 1939 mit dem Zwang, in einem gegebenen Kriegsfall sich längere Zeit aus dem eigenen Raum ernähren zu müssen, eher rechnete als mit dem Anfall großer Überschußgebiete als Folge einer Besetzung durch deutsche Truppen". In demselben Band schreibt Hans Kehrl über die wirtschaftlichen Voraussetzungen (S. 272): „Deutschland war auf allen Gebieten wirtschaftlich unvorbereitet für einen Weltkrieg. 1. Die Rohstoffversorgung als wichtigste Grundvoraussetzung jeder Rüstung und Zivilproduktion war äußerst beengt . . . 2. Die Rüstungsproduktion war minimal. Noch im Mai 1940 wurden z. B. monatlich wenig über 40 Panzer erzeugt, während die monatliche Produktion 1944 nach zweijährigem Bombenkrieg und Zerstörung zahlloser Produktionsstätten monatlich die Zahl von 2000 überstieg . . . Der Anteil der Rüstungsfertigung an der gesamten Industrieproduktion lag 1940 . . noch unter 15 %." Über die deutschen Truppenstärken sagte Generaloberst Jodl schon in Nürnberg aus: „Als wir — im Jahre 1935 — 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum eine schwere Artillerie, und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen . . . Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt." Zur Lage der deutschen Kriegsmarine heißt es bei Vizeadmiral a. D. Kurt Aßmann (Bilanz,

S. 117): „Die deutsche Kriegsmarine war auf einen Seekrieg gegen das britische Imperium materiell völlig unzureichend, in der Planung kaum vorbereitet." Weitere Tatsachen und Quellenhinweise über den deutschen Rüstungsstand 1939 sind bei Walendy, S. 192 ff zusammengestellt.

So wird Joachim von Ribbentrops Wort in seiner Schlußrede in Nürnberg bestätigt: „Daß Deutschland keine Angriffskriege geplant hatte, wird durch die Tatsache bewiesen, welche Stärke wir im Verlauf des Zweiten Weltkrieges entfaltet haben und wie schwach wir dagegen zu Beginn des Krieges waren. Die Geschichte wird es uns glauben, wenn ich sage, daß wir einen Angriffskrieg ungleich besser vorbereitet haben würden" (vgl. Nation Europa 5/1959, S. 7).

Eine sehr eindrucksvolle Untersuchung zur Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches hat der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Prof. Burton H. Klein unter der Mitarbeit mehrerer anderer Fachleute als Veröffentlichung der Harvard-Universität herausgegeben (Demnächst auch in deutscher Sprache). Über dieses Buch sagt der schon zitierte Prof. Harry E. Barnes (Nation Europa, 5/1962, S. 56f): „Dr. Burton Klein weist unwiderleglich nach, daß Hitler sich wirtschaftlich überhaupt nicht auf einen Krieg vorbereitet hatte. Deutschland war für einen langen Krieg nicht gerüstet, erst recht nicht auf einen Welteroberungskrieg ... Dr. Burton Klein entlarvt in vernichtender Weise die Propagandalüge von einem nationalsozialistischen Deutschland, das alle Kraft für den Aufbau einer auf Kriegführung zielenden Wehrwirtschaft gerichtet habe, um dann den Krieg zu entfesseln . . . Wer Dr. Kleins wissenschaftlichen Nachweis des Fehlens einer wirtschaftlichen Vorbereitung Deutschlands auf einen Weltkrieg prüfte, der mußte schon 1959 . . . zu der Erkenntnis kommen, daß der Zweite Weltkrieg nicht das Werk Hitlers sein konnte." Und Prof. Hoggan schreibt nüchtern, daß Kleins Werk „die Annahme als irrig herausstellt, Deutschland habe sich vor dem Zweiten Weltkrieg ausschließlich auf die Rüstung konzentriert" (Hoggan I, S. 879).

Zu der Behauptung, Hitler habe den Krieg angezettelt, um dem wirtschaftlichen Ruin zu entgehen, genügt ein Zitat bei Hoggan (Hoggan I, S. 170): „Die öffentlichen Ausgaben in Deutschland stiegen von 15 Milliarden Mark im Jahre 1933 auf 39 Milliarden Mark für 1938, wovon über 80 % aus den laufenden Steu-

ern aufgebracht wurden. In der gleichen Zeitspanne stieg das deutsche Bruttosozialprodukt von 59 Milliarden Mark auf 105 Milliarden Mark. Es war eine leichte Preissteigerung zu verzeichnen, und der Stand des deutschen Verbraucherkonsums und der Investierungen lag 1938 höher als in dem Spitzenjahr 1929". Wenn diese Tatsachen es nötig machten, die Welt zu erobern, um mit der Beute die deutsche Wirtschaft zu sanieren, dann ist ernsthaft zu fragen, was die Bundesrepublik alles erobern müßte, um der Pleite zu entgehen!
Es ergibt sich hier sehr deutlich: Dort, wo exakte Wissenschaft nicht von vorgefaßten Meinungen ausgeht, sondern sich an die nüchternen Tatsachen hält, erweisen sich viele Behauptungen als reine Propagandathesen, dazu bestimmt, den Mythos von der alleinigen deutschen Kriegsschuld um jeden Preis aufrechtzuerhalten.

Englands Krieg

Es würde den Rahmen unseres Themas sprengen,.wenn wir uns eingehender mit allen Einzelheiten englischer Außenpolitik zwischen den beiden Kriegen beschäftigen wollten. Es zeigt sich aber, daß die englische Politik dieser Jahrzehnte grundsätzlich unter dem gleichen Leitgedanken steht wie die Politik der vorangegangenen Jahrhunderte, unter dem Leitbild nämlich, die balance of power, das Gleichgewicht der Kräfte um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Ob England mit den Habsburgern gegen Ludwig XIV. kämpfte, ob es Friedrich den Großen gegen Habsburg und Frankreich unterstützte, ob es an jeder Koalition gegen Napoleon beteiligt war oder sich vor dem Ersten Weltkrieg gegen das wiedererstarkte Deutsche Reich mit Frankreich und Rußland verbündete: Stets spielte die Absicht eine Rolle, nur ja keinen Staat auf dem Kontinent zu mächtig werden zu lassen. Immer wenn ein europäischer Staat zu großer Stärke aufstieg, war England auf der Seite der Gegner zu finden. Auf diese Weise glaubte es, einerseits Schiedsrichter in europäischen Angelegenheiten bleiben zu können, andrerseits nie befürchten zu müssen, einen geeinten Kontinent auf der andern Seite des Kanals stehen zu sehen.
Als England am 18. Juni 1935 den Flottenvertrag mit Deutsch-

land schloß, geschah das nicht nur aus Vertrauen zum Dritten Reich als Militärmacht gegen Sowjetrußland, sondern auch aus Mißtrauen gegenüber der Vorrangstellung Frankreichs auf dem Kontinent (vgl. R. Ingrim: Hitlers glücklichster Tag. Stuttgart 1962). Frankreich hatte gerade damals durch Lavals außenpolitische Aktivität in Italien und seine Versuche einer Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses begonnen, die Verhältnisse auf dem Kontinent zu stabilisieren. Laval wollte „die Verantwortung für die wichtigen Entscheidungen der französischen Politik ... nicht London übertragen wissen. Ebenso wie Mussolini mißtraute auch Laval den Engländern. Dieses gesunde Mißtrauen angesichts einer berüchtigten britischen Vergangenheit, voll von Beispielen zynischer Doppelzüngigkeit in den internationalen Beziehungen gegenüber Freund und Feind, erfuhr binnen sechs Monaten eine Rechtfertigung, als die Engländer mit den Deutschen ein Flottenabkommen trafen, den Bestimmungen des Versailler Vertrages zum Hohn, und ohne Italien oder Frankreich vorher zu unterrichten" (Hoggan II, S. 100). „Laval setzte seinen Mitarbeitern im Kabinett auseinander, die Engländer lobten Hitler offenbar nur, weil sie über das diplomatische Vorgehen Frankreichs in Italien und der Sowjetunion bestürzt seien" (Hoggan II, S. 111). Es ist das alte Ausspielen der einen Kontinentalmacht gegen die andere (wobei die ideologische Einstellung der Staaten für die englische Politik nicht die geringste Rolle spielt). Aus den gleichen Gründen wohl auch unterstützte England Frankreich nicht, als deutsche Truppen in das entmilitarisierte Rheinland einrückten (vgl. Hoggan II, S. 157 ff).

Zu dieser Zeit gab es aber in England bereits Kreise, die sich auf eine Auseinandersetzung mit Deutschland vorbereiteten. „So sah der britische Verteidigungsrat in Deutschland bereits seit 1933 in aller Stille den mutmaßlichen ‚endgültigen Feind'" (Hoggan II, S. 103). Zu diesen Kreisen gehörte der „notorische Deutschenhasser" (Hoggan II, S. 125) im Foreign Office, Sir Robert Vansittart, für dessen „generell antideutsche Einstellung, die sich nicht auf eine Gegnerschaft zu Adolf Hitler beschränkte", folgender Satz im Nürnberger Prozeß bezeichnend ist: „Ich habe nie Verträge mit Deutschland befürwortet, da Deutsche sie selten hielten" (Joachim von Ribbentrop, S. 99). Dazu gehörte natürlich Sir Winston Churchill, der im Jahre 1937 zu dem damali-

gen deutschen Botschafter in London, Joachim von Ribbentrop, sagte: „Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder zerschlagen werden“ (J. v. Ribbentrop, S. 97). Zu denjenigen Engländern, die einer Verständigung mit Deutschland kritisch gegenüberstanden, gehört überraschenderweise auch Sir Neville Chamberlain; überraschenderweise deshalb, weil Chamberlain fast durchweg als der englische Politiker galt, der eine Verständigung mit Deutschland um fast jeden Preis erstrebte. Am 6. 6. 1934 (!) schreibt er in sein Tagebuch: „Wir können uns nicht auf Feindseligkeiten mit Japan und Deutschland gleichzeitig vorbereiten, das letztere ist das Problem, auf das wir uns konzentrieren müssen“ (vgl. J. v. Ribbentrop, Anm. S. 74). Zur gleichen Zeit (1934) beginnt England mit einer verstärkten Aufrüstung, dem größten Rüstungsprogramm, „das in England jemals in Friedenszeiten aufgestellt worden ist“ (A. v. Ribbentrop, S. 72), es beginnt 1935 der Aufbau der strategischen Bomberwaffe. Der für die Finanzierung verantwortliche Schatzkanzler war — Sir Neville Chamberlain. Von hier aus fällt dann auch ein anderes Licht auf Chamberlains angebliche Friedensliebe, die zur Münchner Konferenz 1938 geführt habe. Vielleicht war es doch die noch unvollendete Aufrüstung Englands, waren es die noch fehlenden Flakbatterien und die zu geringe Zahl von Löschzügen für London, die Chamberlain nach Godesberg und München brachten. Dafür spricht ein Brief bereits vom 20. 3. 1938, in dem Chamberlain schreibt, England könne nicht an Krieg gegen Deutschland denken, „solange wir keine vernünftige Aussicht hatten, es in einer vernünftigen Zeitspanne auf die Knie zu zwingen, und ich sehe keine solche Aussicht“ (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 182). Offensichtlich hielt der britische Premier im Sommer 1939 die Aussicht für wesentlich günstiger.

Zwar unterschrieb Chamberlain am 30. 9. 1938 die berühmte Erklärung „Frieden in unserer Zeit“ (peace in our time), aber bereits am 3. Oktober, also drei Tage später, erklärt Außenminister Halifax im Unterhaus, diese Freundschaftserklärung „könne keine hinreichende Sicherheit Englands vor möglichen zukünftigen Angriffen gewährleisten und das Rüstungsprogramm müsse zur Vorbereitung auf alle Eventualitäten beschleunigt werden“ (Nicoll, S. 125). Und Chamberlain läßt alle Angriffe auf seine Politik unerwidert, er verteidigt mit keinem Wort die drei Tage zuvor von ihm selbst vorgeschlagene Freund-

schaftserklärung. Unter diesen Umständen bleibt wirklich nur eine Erklärungsmöglichkeit für Chamberlains Fahrten nach Godesberg und München und für diese merkwürdige Freundschaftserklärung: „Viele haben es in Wort und Schrift so dargestellt, als ob es Chamberlains Hauptziel in München gewesen sei, Zeit zu gewinnen, um für einen unvermeidlichen Krieg aufzurüsten. Er wäre in der Tat ungeeignet für seinen Posten gewesen, wenn er das nicht im Sinn gehabt hätte. Wie wir aus seinen zitierten Briefen wissen, war das aber schon lange der Fall". So schreibt es Chamberlains Biograph Keith Feiling (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 222).

Da wir hier nicht allen Verzweigungen britischer Politik nachgehen können, wollen wir nur an einigen markanten Stationen haltmachen.

Prof. Hoggan schreibt über die Folgen von „München": „Eines der dramatischsten Ereignisse in England nach München war die entschlossene Alternative Halifax', die Zügel der britischen Außenpolitik in seine Hände zu nehmen oder zurückzutreten . . . Er wünschte die alleinige Verantwortung und wollte Chamberlain nicht wieder ohne seinen Außenminister zu wichtigen Konferenzen reisen lassen" (Hoggan I, S. 258 f). Dafür spricht ein Bericht des US-Botschafters Kennedy nach Washington, in dem es heißt: „seines Erachtens würde Halifax zurücktreten, wenn es in der britischen Außenpolitik nicht nach seinen Wünschen ginge" (vgl. Nicoll, S. 126). Die Behauptung Hoggans, daß Halifax der Motor der britischen Kriegspolitik geworden sei, während Chamberlain sich untätig verhalten habe, scheint mir in dieser Ausschließlichkeit allerdings die Persönlichkeit Chamberlains zu unterschätzen. Es war wohl ein Spiel mit verteilten Rollen. Chamberlain hat genauso zielbewußt auf einen Krieg mit Deutschland hingesteuert wie sein Außenminister und wie die englische Kriegspartei der Duff Cooper, Eden, Churchill, Vansittart und, nicht zu vergessen, auch Macmillan.

Reverend Nicoll faßt in seinem Buch treffend die Gründe für die Kriegspolitik Englands gegenüber Deutschland zusammen: „Finanzielle und kommerzielle Interessenkreise Englands fühlten sich zunehmend durch den neuen deutschen Wohlstand und den Erfolg seiner neuartigen Handelsmethoden alarmiert. Sie nahmen es übel, daß Hitler sein ziviles und militärisches System ohne große Anleihen ausländischer, speziell britischer Bankiers

finanzierte. Andere befürchteten, er könne die Rückgabe der deutschen Kolonien fordern, von denen viele nach dem Ersten Weltkrieg in britische Hände übergegangen waren. Das nationalsozialistische Deutschland wurde von den meisten britischen Radikalen und Sozialisten, von vielen Liberalen und von fast allen Juden Englands verabscheut . . . Auch darf man den politischen Ehrgeiz Winston Churchills nicht außer acht lassen. Er schien zu glauben, daß die Führung eines Kreuzzuges gegen Hitler der sicherste Weg für ihn sei, wieder einmal ein hohes politisches Amt zu erlangen. Über allem schwebte die Furcht, Deutschland würde unter Hitler zu stark und könnte das Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent stören" (Nicoll, S. 81). Es ist hier festzuhalten, daß dieser Umschwung in der englischen Politik bereits unmittelbar nach München einsetzte. Das widerlegt die Nachkriegs- und Propagandalüge, als ob erst Hitlers Einmarsch in Prag im März 1939 das „gutgläubige und friedliebende England" zum Widerstand gegen den „brutalen Welteroberer Hitler" gezwungen habe. „In einer Ansprache am 4. Dezember 1938 erklärte Herbrand de la Warre, der Erziehungsminister, in Bradford, in England verstärke sich die Ansicht, ein endgültiges Einvernehmen zwischen England und Deutschland sei unmöglich. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, um Stellungnahme zu dieser Erklärung gebeten, daß er sie nicht abstreite und daß sie mit der Steigerung der britischen Rüstungs- und Verteidigungsmaßnahmen übereinstimme" (Nicoll, S. 126).

Im Zuge der diplomatischen Vorbereitung eines künftigen Krieges suchte Chamberlain die Achse Berlin-Rom am italienischen Ende umzubiegen. Wir kommen darauf zurück. Vom 11. bis zum 14. 1. 1939 verhandelten Chamberlain und Halifax in Rom. In diesen Verhandlungen gewann Mussolini den Eindruck, „daß England bereits eine Politik des gewaltsamen Widerstandes gegen Hitler vorsah und seine Propaganda darauf vorbereitete, einen Angriff auf Deutschland zu rechtfertigen" (Nicoll, S. 127). Ja, Nicoll drückt das noch deutlicher aus, daß nämlich Chamberlain und Halifax „die deutsch-englische Freundschaftserklärung vom 30. September 1938 nach Geist und Buchstaben preisgegeben hatten und eine militärische Aktion gegen Deutschland planten, sobald sich das als nützlich erweisen würde" (Nicoll, S. 62). Das bedeutete die nackte Aggression, den Angriffskrieg.

Als am 15. März 1939 deutsche Truppen in die Tschechoslowakei einmarschierten, da schrie England vor Empörung laut auf über diesen „brutalen Wortbruch" Hitlers. Aber das gleiche England hatte sich seit München konstant geweigert, die Grenzen der Tschechoslowakei zu garantieren. Das gleiche England hatte seit dem Sommer 1938 Verhandlungen mit Polen angeknüpft, die den Polen das Gefühl gaben, in England Rückendekkung gegen das Reich zu besitzen. Das gleiche England inszenierte nun zur Zeit der Tschechenkrise eine Intrige, deren alleiniger Zweck darin bestand, „den politischen Kurswechsel Englands durch Ausklügeln einer breiteren Grundlage, als sie die Tschechenkrise bot, zu erleichtern, um ihn vor der britischen Öffentlichkeit rechtfertigen zu können" (Hoggan I, S. 400).
Der rumänische Gesandte in London, Virgil Tilea, erklärte am 17. März 1939, Deutschland habe Rumänien ein Ultimatum gestellt, Deutschland setze also seine Expansion nach Südosteuropa fort. Alles spricht dafür, daß Tilea diese Behauptung auf Veranlassung des Foreign Office aufgestellt hat. Trotz sofortiger Dementis von seiten der rumänischen Regierung Gafencu und des britischen Gesandten in Bukarest, Reginald Hoare, wurde diese Lügenmeldung nämlich eilfertig von Vansittart der britischen Presse übergeben. „Millionen britischer Zeitungsleser waren bestürzt über den anscheinend unstillbaren Hunger Hitlers und die angebliche Hast und Raubgier in seinen verschiedenen Unternehmungen" (Hoggan I, S. 402). Und in diese aufgeputschte Stimmung hinein hält am Abend des 17. März Chamberlain seine Birmingham-Rede, in der er Deutschlands Vorgehen in der Tschechoslowakei verurteilt. Zwei Tage zuvor hatte er selbst im Unterhaus erklärt, daß kein Bruch des Münchner Abkommens vorliege. England habe keine Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei, weil „der Staat, dessen Grenzen wir zu garantieren beabsichtigten, von innen her zerbrach und so ein Ende fand" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 304). Zwei Tage nach dieser durchaus zutreffenden Feststellung bezeichnet Chamlain in Birmingham „Hitlers Vorgehen als ‚Versuch zur Weltherrschaft durch Gewalt'" (A. v. Ribbentrop, S. 304). Englands bereits 1938 begonnene Einkreisungspolitik wird damit in der Öffentlichkeit gerechtfertigt. Chamberlain „versicherte seinen Zuhörern, Großbritannien habe nicht vor, Hitlers nächstes Unternehmen abzuwarten, sondern sei dabei, entsprechende Gegen-

maßnahmen in die Wege zu leiten" (Hoggan I, S. 409). Es sei nochmals betont, daß die Propagandabehauptung, die englische Schwenkung sei eine Folge der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei gewesen, auf einer Verkehrung der wirklichen Verhältnisse basiert: England beginnt seine Einkreisungspolitik (vgl. dazu die „Schlußfolgerungen" Ribbentrops vom 2. 1. 1938), und deshalb wird der „Flugzeugträger" Tschechoslowakei beseitigt. Die Slowakei hatte sich sowieso schon vorher von der tschechischen Diktatur befreit.

Worin die von Chamberlain in Birmingham angekündigten Gegenmaßnahmen bestehen, zeigt sich bald. Chamberlain fordert Frankreich, Polen und Sowjetrußland auf, ein System kollektiver Sicherheit zu entwerfen (Taylor, S. 267). Polen erkennt die offene Schwenkung der britischen Politik und zieht daraus die Folgerungen. Seine Haltung gegenüber Deutschland versteift sich. Am 23. März mobilisiert Polen einen großen Teil seiner Reservisten, am 26. März, neun Tage nach der Birmingham-Rede Chamberlains, werden alle Verhandlungsvorschläge Ribbentrops von Botschafter Lipski brüsk abgelehnt.

Am 30. März erfolgt einer der ungewöhnlichsten Schritte der Diplomatie, „ein weiterer Beweis für Englands Initiative zur Entfesselung eines europäischen Krieges" (Nicoll, S. 134). England bietet von sich aus durch Botschafter Kennard Polen eine Beistandsverpflichtung an. Es ist ein Blankoscheck, den England da überreicht, denn es heißt, England wolle Polen unterstützen, wenn Polen irgendeiner Bedrohung seiner Unabhängigkeit zu widersetzen sich verpflichtet fühle. England ist also bereit, sein Handeln von dem Handeln Polens abhängig zu machen. Was das andererseits für Polen bedeutet, liegt auf der Hand: Der polnischen Großmannssucht werden keine Fesseln mehr angelegt, Polen ist auf jeden Fall des englischen Beistandes sicher, weil es nämlich selbst bestimmt, wann es seine Unabhängigkeit bedroht sieht. Prof. Taylor hat die neue Lage klassisch beschrieben: „Beck nahm sie (die englische Beistandsverpflichtung) an, ‚bevor er das zweite Mal die Asche von seiner Zigarette schnippte'. Zwei Schnipser, und britische Grenadiere würden für Danzig sterben. Zwei Schnipser, und das trügerische Großpolen, 1919 geschaffen, unterzeichnete sein Todesurteil. Die Versicherung enthielt keine Bedingungen: Die Polen allein mußten beurteilen, ob sie in Kraft treten sollte. Die Briten konnten nicht länger auf

Zugeständnisse in Danzig drängen . . . von diesem Augenblick an beruhte der Frieden auf der Annahme, daß Hitler . . . vernünftiger und vorsichtiger sein würde, als Chamberlain gewesen war — daß Hitler in Danzig weiterhin in Bedingungen einwilligen würde, die die meisten Engländer längst als unerträglich angesehen hatten" (Taylor, S. 272). Am 31. März 1939 verkündete Chamberlain die Garantieerklärung an Polen im Unterhaus. Die Folgerungen aus der britischen Haltung sind klar: Entweder übersahen Chamberlain und Halifax die Konsequenzen nicht, dann waren sie bodenlos dumm, mit ihnen das ganze Foreign Office. Das ist unwahrscheinlich. Oder: Man übersah diese Konsequenzen sehr wohl und kalkulierte sie ein. Das heißt aber zweifelsfrei, man wollte den Krieg gegen Deutschland. Dafür spricht auch, daß man, als die Sowjetunion Polen angriff, dieser nicht den Krieg erklärte. Das heißt aber wiederum, daß die Polengarantie nur den Vorwand gegen Deutschland liefern sollte und keineswegs sittlichen Gründen oder moralischer Ehrbarkeit entsprang.

Der nächste, logische Schritt der englischen Politik führt weiter nach Osten: England bemüht sich um die endgültige Schließung des Einkreisungsringes um Deutschland. Am 15. April tritt England an die Sowjets heran, und es beginnen die langdauernden Verhandlungen, in denen England und Frankreich zu keinem erfolgreichen Abschluß gelangen, obwohl sie im Interesse ihrer Politik bereit sind, auch die baltischen Staaten und sogar Polen zu opfern. Man muß dabei wohl im Auge behalten, daß England gerade Polens Unabhängigkeit garantiert hatte, aber am 21. 8. 1939 stillschweigend zustimmt, daß die Rote Armee ein Durchmarschrecht durch Polen erhält (Taylor, S. 331). Was es bedeutet, die Rote Armee im Lande zu haben, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Ganz folgerichtig kann Churchill im Jahre 1944, als die Freiheit Polens, für die doch England angeblich in den Krieg gezogen ist, offensichtlich unter dem Stiefel Stalins zertreten worden ist, zynisch im Unterhaus sagen, daß „wir in der Vergangenheit . . . niemals eine bestimmte Grenzlinie Polens garantiert haben." (Nation Europa 7/1960, S. 21).

Wir wollen hier nur noch drei Ausschnitte aus der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges näher beleuchten.

Am 25. August 1939, Ribbentrop ist gerade aus Moskau zu-

rückgekehrt, unternimmt Hitler einen neuen Versuch, mit England zu einem Ausgleich zu kommen. Der bereits am 23. August für den 26. August erteilte Angriffsbefehl (vgl. dazu den Abschnitt: Die Rolle des Widerstandes) wird von Hitler um 13.30 Uhr widerrufen. Um dieselbe Zeit wird der britische Botschafter Henderson von Hitler im Beisein Ribbentrops empfangen. Dabei schlägt Hitler noch einmal eine „Abgrenzung der europäischen Interessen" (A. v. Ribbentrop, S. 452) vor und erklärt u. a., Deutschland sei bereit, „mit England Abmachungen zu treffen, die, wie schon betont, nicht nur die Existenz des Britischen Weltreiches unter allen Umständen deutscherseits garantieren würden, sondern auch, wenn es nötig wäre, dem Britischen Reich die deutsche Hilfe sicherten, ganz gleich, wo immer eine solche Hilfe erforderlich sein sollte. Der Führer würde dann auch bereit sein, eine vernünftige Begrenzung der Rüstungen zu akzeptieren. . . Endlich versicherte der Führer erneut, daß er an den westlichen Problemen nicht interessiert sei und daß eine Grenzkorrektur im Westen außerhalb jeder Erwägung stehe" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 450 f). Prophetisch erklärt Hitler am Schluß: „Wenn sie (die britische Regierung) diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben. Auf keinen Fall würde Großbritannien aus diesem Krieg stärker hervorgehen; schon der letzte Krieg habe dies bewiesen." Henderson hat Hitler richtig verstanden. Er berichtet nach London: „Welche Auffassung Seiner Majestät Regierung auch immer über diesen Schritt haben mag, ich fasse ihn wenigstens als eine Andeutung auf, daß Herr Hitler noch immer wünscht, einen Weltkrieg zu vermeiden. Ich sehe es als wesentlich an, daß Seiner Majestät Regierung das Angebot Herrn Hitlers sehr ernst nimmt und nicht durch eine Ablehnung aus der schlanken Hand einen Grund für berechtigte Bitterkeit gibt" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 451 f). Aber mehrere Stunden, nachdem Henderson die Vorschläge Hitlers zur Kenntnis genommen hat, wird um 17.36 Uhr in London der englisch-polnische Beistandspakt abgeschlossen. In der wichtigsten Formulierung dieses Paktes wird betont, daß sich der Pakt richte gegen „jede Aktion einer europäischen Macht, welche direkt oder indirekt die Unabhängigkeit einer der vertragschließenden Parteien offensichtlich bedroht und so geartet ist, daß die betreffende Partei den bewaffneten Widerstand als von lebenswichtiger Bedeutung betrachtet" (vgl. Hoggan I, S. 672). In

einem erst später veröffentlichten geheimen Zusatzabkommen wird festgelegt, daß mit „europäischer Macht" Deutschland gemeint sei und daß der Ausdruck „indirekte Bedrohung" sich auf Danzig beziehe. Mit andern Worten: Wenn das deutsche Danzig etwa auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Reich zurückzukehren wünsche, könne Polen seine Unabhängigkeit für bedroht erklären, und England werde dann Krieg gegen das Reich führen. Die Absicht bei Abschluß dieses Vertrages ist nicht mißzuverstehen.

Vom 25. August an läuft eine weitere Vermittlungsaktion über einen Bekannten Görings, den Schweden Birger Dahlerus. Er fliegt mehrfach zwischen London und Berlin hin und her und verhandelt mit Halifax, mit Chamberlain, mit Hitler und Göring. „Nach Dahlerus' Überzeugung zogen Hitler wie auch Göring eine ausgehandelte Lösung dieser Entwicklung (nämlich dem Kriege) vor" (Hoggan I, S. 694). In London aber wurde Dahlerus „in keiner Weise darüber im unklaren" gelassen, „daß England den Polen schwerlich zureden werde, Verhandlungen in Berlin zu führen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 478). Mit großer Hartnäckigkeit setzt Dahlerus seine Mittlertätigkeit fort, bis am 1. September mittags der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Alexander Cadogan, ihm dringend nahelegt, „von weiteren Vermittlungsversuchen Abstand zu nehmen" (Hoggan I, S. 761). „Dahlerus wurde dann sehr laut, Hitler habe vor 15 Minuten versprochen, die Verhandlungen mit den Polen jederzeit wiederaufzunehmen. Ferner habe er verkündet, sein oberstes Ziel sei es, einen neuen Weltkrieg abzuwenden, und vor allem wünsche er erneute Gespräche mit den Briten. Kühl erkundigte sich Cadogan, worüber Hitler zu sprechen wünsche. Der Schwede erwiderte ihm, er wünsche Großbritannien als Vermittler zu einem Waffenstillstand und einer Kompromißlösung mit Polen" (Hoggan I, S. 762). Der Beschluß der britischen Regierung, der eine Stunde später an Dahlerus übermittelt wurde, vor jeder Verhandlung habe Deutschland seine Truppen aus Polen zurückzuziehen, brachte dann die Dahlerus-Aktion zum Scheitern. Deutschlands Absicht, einen Weltkrieg zu vermeiden, und der Kriegswillen der britischen Regierung: Hier werden sie scharf einander konfrontiert.

Ein letztes Beispiel für diesen Kriegswillen Großbritanniens. Am 29. August übermittelt Henderson der Reichsregierung eng-

lische Vorschläge, die u. a. direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen und internationale Garantien für Polen vorsehen. Angeblich sei Polen verhandlungsbereit. Wie ernst es England mit diesen Vorschlägen ist, werden wir gleich sehen. Die Reichsregierung erklärt sich auf der Grundlage der englischen Vorschläge zu Verhandlungen mit Polen bereit und erwartet einen polnischen Unterhändler für den 30. August, also den folgenden Tag. Henderson übermittelt diese deutsche Bereitschaft nach London mit der Empfehlung, eine sofortige Reise Becks, des polnischen Außenministers, nach Berlin zu veranlassen. „Statt das deutsche Memorandum unverzüglich nach Warschau weiterzuleiten, telegraphierte Lord Halifax um 23.55 Uhr des 29. August — also anderthalb Stunden nach Eintreffen der Informationen Hendersons — nach Warschau. Seine Nachricht an den dortigen britischen Botschafter enthielt nur einen Hinweis, die deutsche Antwort scheine die Tür zu Verhandlungen ‚nicht zuzuschlagen', aber keine Mitteilung darüber, daß in Berlin ein Unterhändler erwartet werde. Im Gegenteil, die Depesche enthielt den entscheidenden Ratschlag: ‚Die Regierung Seiner Majestät könne es nicht verantworten, der polnischen Regierung von irgendeiner Aktion abzuraten, die sie für ihre Sicherheit als notwendig erachtet', aber die Polen sollten möglichst ein ‚öffentliches Ankündigen ihrer Generalmobilmachung vermeiden'.

Damit hatte Halifax die Würfel geworfen: Statt eines polnischen Unterhändlers traf in Berlin am 30. August die Nachricht von der polnischen Generalmobilmachung ein, die aber nicht geheim stattfand, sondern in Warschau am 30. August ab 16.30 Uhr durch Rundfunk und Plakatanschlag verkündet wurde" (A. v. Ribbentrop, S. 470). Und als, auf dringendes Anraten Hendersons, das deutsche Verhandlungsangebot von Halifax an Botschafter Kennard in Warschau weitergegeben wird, fügt Halifax „ein striktes Verbot" (A. v. Ribbentrop, S. 471) hinzu, Beck davon zu unterrichten, bevor weitere Weisungen aus London vorlägen. Zweifellos sind weitere Weisungen an Botschafter Kennard ergangen, aber wir wissen bis heute noch nicht, was sie enthielten. Wir wissen nur, daß am 30. August kein polnischer Unterhändler in Berlin erschien, sondern die polnische Generalmobilmachung angeordnet wurde.

Wenn Reverend Nicoll sein Buch überschreibt: „Englands Krieg

gegen Deutschland", so hat er mit dieser Überschrift den historischen Tatbestand genau gekennzeichnet. Ganz zweifellos gehört England zu den Hauptschuldigen am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands." Das erklärte nicht der Reichspropagandaminister Dr. Goebbels sondern, bereits im Herbst 1939, Sir Winston Churchill, und der mußte es ja wissen.

Polens Verblendung

Auf der sogenannten Friedenskonferenz von Versailles erklärt der britische Vertreter Lloyd George in einem Memorandum vom 25. März 1919: „Ich kann mir keine stärkere Ursache für einen künftigen Krieg vorstellen, als daß das deutsche Volk, welches sich zweifellos als eine der kraftvollsten und mächtigsten Rassen der Welt erwiesen hat, rings von einer Anzahl kleiner Staaten umgeben werden soll, von denen viele aus Völkern bestehen, die noch nie vorher eine stabile Regierung aufgestellt haben, deren jeder aber breite Massen von Deutschen einschließt, die die Vereinigung mit ihrem Heimatland fordern. Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen." Und der Franzose Henri Lebre schreibt: „Es genügt jedoch, einen Blick auf die Landkarte Europas zu werfen, wie sie die Friedensverträge von 1919 geschaffen hatten, um zu erkennen, daß kein Land — ob groß oder klein und mit größtem Recht erst Deutschland nach dem Machtstand, den es 1939 erreicht hatte — einen derart unsinnigen Stand der Dinge auf die Dauer zulassen konnte, wie er sich aus der Trennung Ostpreußens vom übrigen Reich ergab. Schon bei elementarster Ehrlichkeit muß man zugeben, daß diese Abtrennung ebenso unhaltbar war wie eine, die etwa durch Schaffung eines Korridors zwischen Paris und Reims oder Nancy oder auch zwischen London und Liverpool entstanden wäre. Auch der Fall Danzig lag ganz klar. Am 3. Mai 1939, zu einer Zeit also, in der die Krise

bereits groß geworden war, erklärte Graf Szembek dem britischen Botschafter in Warschau spontan, daß ‚in Polen niemand leugnet, daß Danzig vom völkischen Standpunkt aus eine deutsche Stadt sei' " (Das Geheimnis. . ., S. 77f).

Das Problem Deutschland — Polen ist damit klar umrissen.

Welche Absichten es auf westlicher Seite hauptsächlich gewesen sind, die zu der Schaffung dieses unsinnigen Korridors führten, mag man sich an folgender Überlegung verdeutlichen: Mit dem Korridor war ein fast unfehlbar wirkendes Mittel erfunden, eine Übereinkunft zwischen Deutschland und Polen zu verhindern. Deutschlands politische, militärische und propagandistische Stoßrichtung wurde damit vom Westen ab- und auf seine „blutende Grenze" im Osten hingelenkt. Und andrerseits wurde Polen aus Sorge vor dem selbstverständlichen deutschen Revisionismus der natürliche Verbündete Frankreichs. Griff gar Deutschland zur Gewalt, um dieses Problem militärisch zu bereinigen, so konnte man es vor aller Welt der Aggression beschuldigen.

Diese Absichten bei der Schaffung des Korridors trafen ihrerseits auf eine polnische Denkweise, die beherrscht wurde durch die Idee eines Großpolen. Bei den Versailler Verhandlungen forderte der polnische Delegationsleiter Dmowski „die Grenzen von 1772 im Westen (d. i. Posen und Westpreußen), ferner das deutsche Industriegebiet in Oberschlesien, schließlich die Stadt Danzig und die südlichen Randgebiete Ostpreußens. Darüber hinaus forderte er die Bildung eines separaten Staates aus dem restlichen Ostpreußen, der unter polnischer Aufsicht stehen sollte, und später verlangte er noch einen Teil Mittelschlesiens für Polen" (Hoggan I, S. 33). Im Osten zielten Pilsudskis Pläne mehr oder minder offen auf die Angliederung der Ukraine. Am 8. Mai 1920 drangen polnische Truppen in Kiew ein. Das Ziel war ein polnischer Staat von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Diese Absicht zerbrach im Gegenstoß der Roten Armee, die bis Warschau vordrang, und im Frieden von Riga mußte Polen auf den größten Teil der Ukraine verzichten, wenn es auch noch große nichtpolnische Gebiete behielt (Wolhynien, Ostgalizien), die dann 1939 von der Sowjetunion wieder in Besitz genommen wurden. „Niemand in Polen schien mit den Grenzen, die man für den neuen Staat gewonnen hatte, zufrieden zu sein, obwohl eine Vielzahl ausländischer Beobachter, ob

nun freundlich oder feindlich eingestellt, der Ansicht war, daß Polen viel mehr Land erhalten hatte, als es verkraften konnte" (Hoggan I, S. 40).

Auch in der Zeit der Weimarer Republik wurden die polnischen Ansprüche nicht aufgegeben, die Polen waren also, weiß Gott, keine Widerstandskämpfer gegen Hitler. Ein Zitat aus der Zeit vor Hitler möge genügen. Am 20. 4. 1929 schreibt die größte polnische Tageszeitung, der pilsudskifreundliche „Illustrowany Kurjer Codzienny" aus Krakau: „In Versailles hätten wir bis zum Äußersten um unser Danzig und um unser Ostpreußen kämpfen müssen. Man hätte Tag für Tag die Welt daran erinnern sollen, daß die Deutschen, die in Ostpreußen wohnen, ein Zuwanderungselement sind und auf wildeste Kolonisierung zurückgeführt werden müssen . . . Fort mit den Deutschen hinter ihre natürlichen Grenzen! Fort hinter die Oder! Das Oppelner Schlesien ist kernpolnisch, ebenso wie ganz Schlesien und ganz Pommerellen vor dem deutschen Ansturm polnisch gewesen sind."

Dieser historische Rückblick war dringend notwendig, denn die polnische Politik vor Kriegsausbruch ist ohne diese Ideologie eines Großpolen nicht zu verstehen. Sogar die selbstmörderische Verblendung der polnischen Politiker 1939, die den Untergang ihres Staates riskierten, ist hier begründet. Formuliert worden sind diese Ideen 1937 von dem polnischen Historiker Adolf Bochenski. Er erhofft von einem Krieg der beiden großen Nachbarn Polens, Deutschland und Rußland, eine Vergrößerung seines Landes. Er ist bereit, dafür den zeitweiligen blutigen Untergang Polens in diesem Duell der Giganten in Kauf zu nehmen. Deshalb „tadelte (er) jeden Versuch, zu einem Einvernehmen mit Deutschland oder Rußland zu kommen" (Hoggan I, S. 69). „Bochenskis Werk ist und bleibt . . . der Grundriß der polnischen Politik für die Zeit von 1935—1939. Es ist zweifellos die bedeutendste Arbeit über Polens Außenpolitik in jener Zeit" (Hoggan I, S. 69).

Das bleibt keine akademische Erörterung oder nur das Programm einer exklusiven, regierenden Schicht. Diese wilde, sich überschlagende Großmannssucht findet sich in der gesamten polnischen Öffentlichkeit: In der Presse wie in Vereinen und Verbänden, in der Beamtenschaft wie im Heer und auf der Kanzel. Zwei Beispiele aus dem Frühjahr 1939. Hoggan schreibt:

„In den Hauptverkehrsstraßen polnischer Städte wurden annexionistische Landkarten in Form von Plakaten angebracht. Diese Karten zeigten polnische Flaggen auf deutschen Städten bis nach Stettin hin" (Hoggan I, S. 518). Und Henri Lebre zitiert aus dem Tagebuch des Grafen Szembek, daß dieser sich gezwungen sah, die Aufmerksamkeit seines Ministerpräsidenten „auf die Ausschreitungen unserer Propaganda im Innern über Deutschland, z. B. die Verbreitung einer Karte, auf der unsere Grenzen von Berlin bis Moskau gehen und ganz Litauen in unser Gebiet mit einbezogen ist, zu lenken" (Das Geheimnis . . ., S. 81).
Neben diesen großpolnischen Ideen gab es ein weiteres deutsch-polnisches Problem: Die starke deutsche Minderheit in Polen. Im Jahre 1918 gab es in Polen 2 090 000 Deutsche. Das Vorgehen der polnischen Verwaltung war darauf gerichtet, diese Deutschen entweder zur Auswanderung zu zwingen oder zu polonisieren. Hoggan führt eine ganze Reihe entsprechender Maßnahmen an: Schließung deutscher Schulen, Versammlungsverbote, „Bodenreformen" einseitig zu Lasten der deutschen Minderheit, d. h. also Enteignung, Schließung deutscher Geschäfte und Gemeinschaftsgebäude und endlich nackter, blanker Terror bis zum Mord. Das Ergebnis dieser polnischen Maßnahmen war eindeutig: Die Zahl von 2 090 000 Deutschen im Jahre 1918 war im Jahre 1939 abgesunken auf weniger als die Hälfte, nämlich auf 1 030 000. Es gab zwar einen Minderheitenschutzvertrag, der sogar vom Völkerbund garantiert wurde. Bezeichnend aber ist, daß in Genf zwischen 1920 und 1931 insgesamt 114 offizielle Beschwerden über polnische Mißachtung dieses Minderheitenvertrages eingingen. Natürlich war der Erfolg praktisch gleich Null. Blinder Deutschenhaß der Polen kannte weder Recht noch Toleranz noch Achtung vor dem andern und gipfelte schließlich in dem Aufruf des Wojewoden von Ostoberschlesien, Grazynski, vom 20. August 1939: „Schlagt die Deutschen nieder, wo ihr sie trefft". Der Zündstoff für eine vernichtende Explosion lag also gehäuft da (Weiteres Material vgl. Walendy, S. 128 ff).
Da wir auch hier nur entscheidende Stationen auf dem Wege in den Krieg anführen können, wollen wir alle die vielfältigen Bemühungen der Weimarer Republik hinsichtlich des Korridors und Danzigs außer Betracht lassen. Nur soviel: Weder Stresemann noch Brüning haben im Traum daran gedacht, die in Versailles festgesetzte deutsche Ostgrenze als endgültig anzuerken-

nen oder zu garantieren, wie es Stresemann in Locarno 1925 mit der deutschen Westgrenze tat.
Hitlers erster großer außenpolitischer Erfolg, nach dem Konkordat mit dem Vatikan, war der Nichtangriffspakt mit Polen vom 26. Januar 1934. Über seine Motive dabei notiert Szembek nach einer Unterredung zwischen Hitler und Szembek 1936, er, Hitler, sei „nicht einen Schritt von dem Wege zurückgewichen, den er gewählt hatte: Verständigung mit Polen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 237). Warum Hitler unbedingt Verständigung mit Polen wünschte, darüber mag uns eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über die Unterredung Becks mit Hitler am 5. Januar 1939 Auskunft geben: „Deutschland werde unter allen Umständen an der Erhaltung eines starken nationalen Polen interessiert sein, ganz unabhängig von der Entwicklung der Dinge in Rußland . . . Rein militärisch bedeute die Existenz einer starken polnischen Armee für Deutschland eine erhebliche Entlastung; die Divisionen, die Polen an der russischen Grenze zu stehen hätte, ersparten Deutschland eine entsprechende militärische Mehrausgabe" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 280). Bestätigt fast wörtlich von Szembek, (vgl. Nation Europa 5/59, S. 19). Daß dieses Streben nach deutsch-polnischer Verständigung von seiten Hitlers jedenfalls ernsthaft war, darauf gibt es handfeste Hinweise. Schon im November 1936 wünscht Hitler gegen entsprechende Kompensationen eine Autobahn durch den Korridor. Das setzt aber voraus, daß er gewillt ist, den Korridor als Tatsache anzuerkennen.
Wie ein roter Faden zieht sich dieses Thema — exterritoriale Verbindung Reich-Ostpreußen — durch die Verhandlungen der folgenden Jahre. Unabdingbare deutsche Forderung dabei bleibt allerdings die Rückkehr Danzigs zum Reich, bei großzügiger Anerkennung berechtigter polnischer Ansprüche wirtschaftlicher Art in dieser Stadt.
Nach der Zusammenarbeit Deutschland-Polen im Herbst 1938 anläßlich der Sudetenkrise, während der Polen das Gebiet von Teschen an sich bringt, kommt es dann am 24. Oktober 1938 zu den ersten ausführlichen Verhandlungen zwischen Reichsaußenminister von Ribbentrop und dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski. Der Hintergrund ist die englisch-amerikanische Aktivität in diesen Wochen, von der wir im Abschnitt „Englands Krieg" hörten. Unter deren Eindruck wünscht Hitler „über eine

Generalbereinigung aller zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu verhandeln" (A. v. Ribbentrop, S. 261). Die Hinweise Ribbentrops — „Verzicht auf Südtirol" und „Verzicht auf Elsaß-Lothringen" — machen die Richtung der deutschen Absichten deutlich. Die Lösungsvorschläge, nicht als Ultimatum, sondern als Verhandlungsgrundlage gedacht, lauten:

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt zum Deutschen Reich zurück. Danzig sei deutsch — sei immer deutsch gewesen und werde deutsch bleiben.
2. Durch den Korridor werden eine Deutschland gehörige exterritoriale Reichsautobahn und ebenso eine exterritoriale mehrgleisige Eisenbahn gelegt.
3. Polen erhält im Danziger Gebiet ebenfalls eine exterritoriale Straße oder Autobahn und Eisenbahn und einen Freihafen.
4. Polen erhält eine Absatzgarantie für seine Waren im Danziger Gebiet.
5. Die beiden Nationen erkennen ihre gemeinsamen Grenzen an, gegebenenfalls könne man zu einer Garantie der Territorien kommen.
6. Der deutsch-polnische Vertrag wird auf 25 Jahre verlängert.
7. Die beiden Länder fügen eine Konsultativklausel in den Vertrag ein (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 262).

Hoggan charakterisiert dieses deutsche Angebot folgendermaßen: „Der Hitlersche Plan faßte keine Vergrößerung Deutschlands durch Zurückgewinnung ehemaligen deutschen, den Polen im Jahre 1919 zugesprochenen Gebietes ins Auge. Er beabsichtigte vielmehr im Interesse einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit einen Verzicht Deutschlands auf derartige Gebietsansprüche. Dieses Zugeständnis Hitlers war für eine Kompensierung der deutschen Wünsche im Korridor und in Danzig mehr als ausreichend. Hitlers Angebot vom Oktober 1938 war der vernünftigste Vorschlag, den Polen seit 1918 von Deutschland erhalten hatte . . . Hätten die polnischen Führer auch nur den geringsten Wert auf eine Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland gelegt, so hätten sie in den deutschen Zugeständnissen eine angemessene Grundlage für ein Abkommen erkannt" (Hoggan I, S. 343). Gegenüber dem deutschen Vorschlag verhält sich Lipski in der Unterredung zurückhaltend.
Wenige Tage nach diesem Gespräch, am 31. Oktober 1938, er-

hält Lipski Instruktionen aus Warschau (vgl. Burckhardt, Taschenbuchausgabe, S. 204 ff). Der Kern dieser Instruktionen lautet: „Außer dem Nationalcharakter der Bevölkerungsmehrheit ist sozusagen in Danzig alles mit Polen unmittelbar verbunden . . . Die polnische Regierung (sieht sich) gezwungen, festzustellen, daß jede andere Lösung und besonders die einer Einverleibung der Freien Stadt ins Reich, unweigerlich zu einem Konflikt führen müßte." — Entsprechend dieser Instruktion unterrichtet Lipski Reichsaußenminister von Ribbentrop. Dieser weist mit Recht darauf hin, daß Deutschland nicht beabsichtigt habe, ein „kleines diplomatisches Gespräch zu führen", sondern „das deutsch-polnische Verhältnis auf eine eherne Dauerbasis zu stellen und alle nur denkbaren Reibungspunkte zu beseitigen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 270).

Die Polen taktieren hinhaltend: Weder lassen sie sich auf ernsthafte Verhandlungen ein noch lehnen sie eindeutig ab. Als Gründe für diese Verzögerungstaktik Polens nennt Hoggan u. a.: Das Warten auf das Anwachsen der britischen Rüstung; die Absicht, es nicht zu einer internationalen Konferenz kommen zu lassen. „Mit gutem Grund vermuteten sie (die Polen), ihr französischer Bundesgenosse würde in diesem Falle zu dem Schluß kommen, daß Deutschland die vernünftigeren Argumente vorzubringen habe" (Hoggan I, S. 344). „Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die Polen ihre Differenzen mit Deutschland beigelegt hätten, wenn die Briten den Deutschen freundschaftlich oder doch friedlich begegnet wären. Doch ist das mehr als wahrscheinlich. Absolut sicher ist es, daß die Polen ohne die Zusicherung der britischen Hilfe ihre Verhandlungen mit den Deutschen im März 1939 nicht plötzlich abgebrochen hätten" (Hoggan I, S. 344).

Bereits am 2. Dezember 1938 sagt der amerikanische Botschafter in Warschau, Biddle, zu Burckhardt „mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 272; in der Taschenbuchausgabe des Burckhardtschen Buches fehlt bezeichnenderweise diese Stelle!). Wie weit bei dieser Versteifung der polnischen Haltung angloamerikanische Einflüsse eine Rolle spielen, läßt sich vorläufig schwer sagen. Einige deutliche Hinweise geben die sogenannten Potocki-Akten, von denen wir bei

der Behandlung der Rolle Roosevelts noch hören werden. Ein weiterer Hinweis findet sich wiederum bei Burckhardt: „Joachim von Ribbentrops Reise nach Warschau (am 26. und 27. Januar 1939) ließ bereits einen leider nicht unbeträchtlichen Teil der damaligen westlichen Meinung *befürchten*, es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridorproblem zustandekommen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 295; Burckhardt Taschenbuchausgabe, S. 250).

Am 5. und 6. Januar 1939 konferiert Beck mit Hitler und mit Ribbentrop. Wieder bietet Hitler eine Grenzgarantie des Korridors und Oberschlesiens an, und für Danzig denkt er „an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bleibe" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 281). Becks Reaktion: Er wolle sich das Problem Danzig in Ruhe überlegen (er kennt die deutschen Vorschläge bereits seit 10 Wochen!), und zu der angebotenen Grenzgarantie nimmt er überhaupt keine Stellung. Ebenso ist es in der Unterredung mit Ribbentrop am 6. Januar.

Vielleicht ist es vorteilhaft, noch einmal die Ribbentropsche Zusammenfassung der deutschen Vorschläge zu hören, damit ganz deutlich wird, wie eng begrenzt die deutschen Forderungen waren, wie wenig aber England und Polen eine Lösung wünschten, sonder nur nach einem Vorwand zum Kriege gegen das Reich suchten.

„Rückgliederung Danzigs an Deutschland. Dagegen Sicherstellung aller wirtschaftlichen Interessen Polens in dieser Gegend, und zwar in großzügiger Weise. Verbindung Deutschlands zu seiner Provinz Ostpreußen durch eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn. Hierfür als Gegenleistung seitens Deutschlands Garantierung des Korridors und des gesamten polnischen Besitzstandes, also endgültige und dauernde Anerkennung der gegenseitigen Grenzen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 284).

Derselbe Vorschlag wird von Ribbentrop bei seinem Besuch in Warschau am 26. und 27. Januar 1939 gemacht. Beck will ihn sich wieder (oder immer noch) überlegen. Über die deutschen Vorschläge schreibt Botschafter Henderson an Halifax am 4. Mai 1939: „Nach Aussage meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. Der holländische Gesandte, der amerikanische Geschäftsträger, mein südafrikanischer Kollege

haben zu mir in diesem Sinne gesprochen" (vgl. Nation Europa, 5/61, S. 35).
In den folgenden Monaten verstärkt sich in Polen die antideutsche Hetze, vor allem auch in der Presse. Die Maßnahmen gegen die deutsche Minderheit werden verschärft, die von den Behörden geduldeten Ausschreitungen des Pöbels nehmen zu. Dagegen zeigen die Presseweisungen der deutschen Reichsregierung, die die Richtung der deutschen Zeitungskommentare bestimmen und zu einem großen Teil von Hitler selbst stammen, eine außerordentliche Zurückhaltung in der polnischen Frage. Antipolnische Polemiken schärferen Tones gibt es erst seit Anfang August 1939 (vgl. Nation Europa 5/61, S. 43 ff).
Am 21. März 1939 kommt es zu einer neuen Unterredung Ribbentrop-Lipski, bei der Ribbentrop nachdrücklich darauf hinweist: „Für Deutschland werde allgemein die Korridorregelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrages empfunden. Keine frühere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprüche zu verzichten, ohne daß sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt worden wäre. Der Führer denke anders über das Korridorproblem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgültigen Verzicht auf den Korridor aussprechen könne" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 312). Ribbentrop lädt dann Beck nach Berlin ein.
Inzwischen sind aber in Warschau die Engländer und Amerikaner nicht untätig. Sie machen den Polen den Vorschlag eines Viererpaktes: England-Frankreich-Polen-Sowjetunion. Auf eine Zusammenarbeit mit den Sowjets legen die Polen begreiflicherweise wenig Wert, sie wollen lieber einen zweiseitigen Vertrag mit England und unterbreiten am 22. März entsprechende Vorschläge in London. Am 24. März kann Beck mit aller Bestimmtheit erklären, Polen werde sich schlagen. Es bleibt nicht bei den Worten. Am gleichen 24. März kommt es zur Teilmobilisierung polnischer Reservisten und zu polnischen Truppenzusammenziehungen im Raum Danzig. Das bedeutet: Am 24. März war die Entscheidung bereits gefallen, und zwar als „Ergebnis eines Kulissenspiels zwischen Warschau, London, Paris und Washington" (A. v. Ribbentrop, S. 317). Die logische Folge ist dann die strikte Ablehnung aller deutschen Vorschläge am 26. März

durch Lipski in Berlin. Joachim von Ribbentrop schreibt in seinen Memoiren darüber: „Lipski verschärfte die Situation noch dadurch, daß er auf meinen erneuten Versuch, ihm die Notwendigkeit der Rückkehr Danzigs zum Reich klarzumachen, erklärte, jede weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie die Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, bedeuten den Krieg mit Polen'" (J. v. Ribbentrop, S. 162). Und Beck droht am 28. März dem deutschen Botschafter in Warschau, Polen sehe in jedem Versuch, den bestehenden Zustand in Danzig zu ändern, „den casus belli ... Das Gleiche gelte auch, wenn etwa der Danziger Senat einen solchen Versuch unternehmen würde" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 331).

Der äußerlich sichtbare Abschluß dieser Schwenkung der britisch-polnischen Politik ist dann die Garantieerklärung Chamberlains am 31. März 1939 für Polen. Wie wenig ernst zu nehmen die britische Begründung für diese Garantie ist, der angebliche Überfall Hitlers auf die Tschechoslowakei nämlich, hatten wir schon gesehen. Hier ein weiteres Indiz: England garantiert ein Polen, das eben diesen „Überfall" mitgemacht hatte und sich aus dem Staatsgebiet der zerfallenden Tschechoslowakei das Olsa-Gebiet einverleibt hatte. Statt sich moralisch zu entrüsten wie über Deutschland, belohnt Chamberlain Polen mit der Garantie.

Hoggan führt noch einen weiteren Beweis dafür an, daß bereits zu dieser Zeit die Weichen auf Krieg gestellt waren: „Der Operationsplan, der am 23. März 1939 den (polnischen) Streitkräften übergeben wurde, ist niemals abgeändert worden. Seine Verfasser betonten ausdrücklich, die Generalmobilmachung aller polnischen Streitkräfte könne erst wenige Tage vor dem Ausbruch eines deutsch-polnischen Krieges ausgerufen werden. Es war ihnen klar, daß die monatelange Aufrechterhaltung dieses Mobilmachens ohne einen Konflikt eine zu große wirtschaftliche Belastung für Polen bedeute ... Für Polen traf 1939 noch der alte Grundsatz aus den Tagen vor 1914 zu, daß eine Mobilmachung Krieg bedeute. Beck war mit der Aufgabe betraut, die diplomatische Rechtfertigung eines solchen Schrittes zu finden" (Hoggan I, S. 425 f).

Als Hitler am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Flottenvertrag von 1935 und den deutsch-polnischen Vertrag kündigt, zieht er nur die Folgerungen aus dem vorhergegangenen bri-

tisch-polnischen Verhalten. Das heißt allerdings nicht, daß Deutschland von da ab jegliche Hoffnung auf Verhandlungen aufgegeben hätte. „Diese immer noch versöhnliche Einstellung Hitlers gegenüber London und Warschau entsprach seiner Grundkonzeption. Sein Einvernehmen mit England und seine Partnerschaft mit Polen waren ja die Voraussetzungen für Deutschlands Frontstellung gegen den östlichen Bolschewismus. Oberst Beck aber war in London aufgefordert worden, im Notfalle russische Kriegshilfe anzunehmen, denn England hielt es ‚für wünschenswert, sich Rußland nicht zu entfremden, sondern es immer im Spiel zu halten', so drückte sich Lord Halifax gegenüber dem rumänischen Außenminister Gafencu am 26. April 1939 aus" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 354). Selbst die Weisung Hitlers an die Wehrmacht, der sogenannte „Fall Weiß", vom 11. April 1939, also über zwei Wochen nach der polnischen Teilmobilmachung, geht von der Erklärung aus: „Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 355).
Polen hingegen verschärft ständig die Lage. In Danzig wird die Zahl der polnischen Zollinspektoren laufend verstärkt und zwar seit Ende Mai. Der Ton der polnischen Noten an den Danziger Senat steigt bis zur Drohung an. Repressalien werden gegen die Danziger Wirtschaft ergriffen. Die polnisch-Danziger Grenze wird für Deutsche geschlossen. Die Lage in und um Danzig spitzt sich immer mehr zu. Deutschlands diplomatisches Eingreifen zugunsten Danzigs wird von Polen brüsk zurückgewiesen; es heißt in der polnischen Note: „Die polnische Regierung kann in der Tat keinen legalen Grund sehen, der Deutschlands Intervention in den Beziehungen Polens zu der Freien Stadt Danzig berechtigt.
Wenn der Gedankenaustausch über das Danziger Problem zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Reich überhaupt hat stattfinden können, so beruhte das ausschließlich auf dem guten Willen der polnischen Regierung und entsprang keinerlei Verpflichtung . . . (die polnische Regierung) wird jedwede Intervention der Reichsregierung zum Nachteil dieser Rechte und Interessen als einen *Akt der Aggression* ansehen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 384).
Am 25. August wird offiziell der britisch-polnische Beistandspakt ratifiziert. Er enthält das geheime Zusatzabkommen, daß

sich die britische Garantieverpflichtung nur gegen Deutschland richtet. „Gegen ein russisches Vorgehen war Polen nicht gedeckt! Eigentlich hätte das die polnische Regierung daran erinnern müssen, daß sie noch ein knappes Jahr vorher — unmittelbar nach München — von Hitler eine deutsche Unterstützung im Falle eines Angriffs der Sowjetunion erbeten und eine zustimmende Antwort erhalten hatte (vgl. ADAP V Dok. 55). Nun setzte die Warschauer Regierung das Schicksal Polens auf die englische Karte, obwohl ihr ausdrücklich versichert wurde, daß gegenüber einem sowjetischen Vordringen ein Eingreifen Englands nicht zu erwarten sei.

Wahrscheinlich glaubte Beck ebenso wie die westlichen Staatsmänner, nur mit einem Kriegs*ausbruch* und nicht mit einem *Krieg* rechnen zu müssen. Das dürfte die einzige Erklärung für die sonst unverständliche Haltung der Warschauer Regierung in den letzten Tagen des August 1939 sein" (A. v. Ribbentrop, S. 443). Von dieser Hoffnung Becks und der Westmächte werden wir noch ausführlicher hören.

Wir wollen nur noch ein einziges, aber typisches Verhalten der polnischen Regierung in den Krisentagen Ende August als beispielhaft nachzeichnen. Auf die — unzutreffende — Erklärung der britischen Regierung vom 29. August an die Reichsregierung, Polen sei verhandlungsbereit, erklärt die deutsche Regierung, sie erwarte am 30. August einen polnischen Unterhändler in Berlin. Wie wir wissen, kommt statt eines Unterhändlers die Nachricht von der polnischen Generalmobilmachung. Ich erinnere an Hoggans Feststellung: „Folglich entschied man sich für eine Generalmobilmachung erst für den Fall, daß ein Krieg in nächster Zukunft als unvermeidlich erachtet wurde. Das war auch der Grund, weshalb die . . . Generalmobilmachung in Polen am 30. August 1939 gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an Deutschland war" (Hoggan I, S. 426). Am 31. August schickt Polen dann auf englische Aufforderung hin eine Instruktion an Lipski, er möge im Deutschen Auswärtigen Amt mitteilen: „Diese Nacht wurde die polnische Regierung durch die britische Regierung über ihren Meinungsaustausch mit der Reichsregierung bezüglich der Möglichkeit direkter Besprechungen zwischen der Reichsregierung und der polnischen Regierung benachrichtigt. Die polnische Regierung prüft in günstigem Sinne die Anregungen der britischen Regierung, auf welche eine dies-

bezügliche förmliche Antwort spätestens in einigen Stunden erteilt werden wird" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 498). Wer genau hinsieht, wird feststellen, daß hier nicht der deutschen Regierung die polnische Bereitschaft zu Verhandlungen mitgeteilt wird, sondern der britischen Regierung eine formelle Antwort auf ihren Vorschlag in Aussicht gestellt wird. Das ist schon dehnbar und deutbar genug. Gleichzeitig schickt Beck aber ein Geheimtelegramm an Lipski, das von deutschen Abwehrstellen aufgefangen und entziffert wird. Der erste Teil stimmt überein mit der offiziellen Instruktion. Dann aber fährt das Geheimtelegramm fort:

„Als besondere und geheime Mitteilung an den Botschafter wird dem folgendes hinzugefügt:

Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein; wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben" (Dahlerus, S. 112 f).

Polnische Generalmobilmachung und striktes Verbot an Lipski, überhaupt nur deutsche Vorschläge entgegenzunehmen: Die Konsequenzen sind unumgänglich. Ganz logisch erklärt auch Beck am 31. August dem britischen Botschafter in Warschau, Kennard, er werde einer etwaigen deutschen Einladung, zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen, keine Folge leisten. Polen hat den Krieg gewählt. Seine Stoßarmeen stehen bereit zum Marsch auf Berlin; denn das ist der letzte Punkt polnischer Verblendung: Polen hat sich nicht zur Verteidigung, sondern zum Angriff entschlossen und ist fest überzeugt, in kurzer Zeit in einer Schlacht vor Berlin die deutsche Wehrmacht vernichtend schlagen zu können.

Die Rolle des Widerstandes

Seit je blieb eine grundlegende Frage offen: Was, um alles in der Welt, hatte England dazu bewogen, seine Weltmachtstellung, sein Kolonialreich aufs Spiel zu setzen, um die Rückkehr Danzigs zum Reich zu verhindern? Warum hat es seinen Ver-

bündeten Polen nicht gezwungen, beispielsweise die sogenannten Marienwerder-Vorschläge Hitlers vom August 1939 als Verhandlungsgrundlage anzunehmen? Mußte England nicht wissen, daß der Sieg bestenfalls nach einem Kampf auf Leben und Tod zu erreichen war? Aber eben zu diesem Punkt gibt es heute ganz neue Einsichten, die wir vor allem dem Buch von Annelies von Ribbentrop verdanken.
Wir hatten eben gefragt: Warum hat England nicht alle angebotenen Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft, mußte es nicht mit einem schweren und blutigen Kriege rechnen? Die überraschende Antwort darauf lautet: Chamberlain und Halifax haben sich zum Kriege entschlossen, weil sie überzeugt waren, diesen Krieg gar nicht führen zu müssen. Diese paradoxe Aussage wird sofort verständlich, wenn wir ein neues handelndes Glied in den Ablauf des Geschehens vor dem Zweiten Weltkrieg einführen: Die deutsche Widerstandsbewegung.
Premierminister Chamberlain schreibt in den ersten Septembertagen an seine Schwestern: „Was ich aber erhoffe, ist nicht ein militärischer Sieg — ich zweifle daran, ob er überhaupt zu erringen wäre — sondern ein Kollaps der inneren deutschen Front." Und in einem Bericht des amerikanischen Botschafters Kennedy aus London nach Washington vom 4. September 1939 heißt es: „Während Halifax sprach, wurde einem mehr und mehr klar, ... daß sich Britannien bei seiner Hoffnung, den Krieg beenden zu können, ehe eine Weltkatastrophe eintritt, mehr als auf alles andere auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands verläßt." Die englische Regierung rechnete also ganz offensichtlich mit einem Staatsstreich in Deutschland, der England der Anstrengung eines Krieges entheben würde. Es gibt noch eine ganze Reihe von Hinweisen gleicher Art, etwa von Oswald Pirow, dem damaligen Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union, der 1939 in London die Meinung antraf, daß, „wenn Krieg ausbräche zwischen England und Deutschland, mit einem Aufstand gegen Hitler zu rechnen sei". Und schon in einem Gespräch mit Reynaud am 26. März 1938 weist Churchill darauf hin, „daß es in Deutschland von sogenannten Verschwörern gegen Hitler wimmle. Er wollte damit beweisen, daß ein Einstehen für die Tschechen Hitler zum Rückzug zwingen oder seinen Sturz herbeiführen würde" (Hoggan II, S. 259). Diese Überzeugung der britischen Staatsmänner war kein reines Fan-

tasiegebilde, sie beruhte auf realen Grundlagen, zumindest mußte es den Engländern so erscheinen.
Es gab damals eine doppelte deutsche Außenpolitik: Die offizielle des Reiches, vertreten durch den Reichsaußenminister, und eine geheime der Widerstandsbewegung. Die Widerständler im Auswärtigen Amt hatten mehrfach mit England Kontakt aufgenommen. Hier seien nur zwei Beispiele genannt. Am 18. August 1938 verhandelt Ewald von Kleist-Schmenzin im Auftrag der deutschen Opposition in London u. a. mit Unterstaatssekretär Vansittart, einem der schärfsten Gegner Deutschlands, und Winston Churchill. Dabei wird die englische Regierung über die Pläne der deutschen Opposition zur Beseitigung Hitlers ausführlich unterrichtet. Am 7. September 1938 konferiert der damalige deutsche Geschäftsträger in London, Theo Kordt, selbstverständlich im Auftrag des Widerstandes und nicht der Reichsregierung, mit dem britischen Außenminister Halifax, nachdem er Downing Street 10 heimlich durch den Garteneingang betreten hatte. Er überbringt dabei eine Botschaft des Staatssekretärs von Weizsäcker (einer der zentralen Persönlichkeiten des Widerstandes), die eine feste Haltung der englischen Regierung fordert und für den Fall kriegerischer Verwicklungen einen Putsch der Armee gegen Hitler ankündigt.
Im Jahre 1939 erklärt Vansittart ausdrücklich: „England braucht in Deutschland keinen Secret Service mehr; die Deutschen selbst kommen ja in Scharen zu uns und erzählen alles." (Margret Boveri: Der Verrat im 20. Jahrhundert, Bd. II, S. 98). So ist es nicht verwunderlich, daß Chamberlain große Hoffnungen auf einen „Kollaps der inneren deutschen Front" setzt.
Andrerseits war der Kriegsausbruch für die deutsche Widerstandsbewegung Zentralpunkt ihrer Aktionen. Sie erhoffte sich von ihm eine gesteigerte Macht des Heeres im Reich. So heißt es bei Fabian von Schlabrendorff, einem der Verschwörer: „Wenn es zu einem Kriege kommen oder eine kriegsähnliche Situation Platz greifen würde, mußte das Militär, so schien es, an Macht gewinnen . . . Würde wie im Ersten Weltkrieg den stellvertretenden Kommandierenden Generälen der Heimat die Exekutive übertragen, so konnte man handeln." (Offiziere gegen Hitler, Fischer-Bücherei, S. 39). Und zum 1. September 1939 schreibt von Schlabrendorff: „Infolge des Kriegsausbruches war das zum Handeln auserkorene Instrument des Heeres von den

Friedensfesseln befreit und konnte sich entfalten" (S. 45). Eines Teils der Generäle war man sicher, so des Generalstabschefs Halder und der Generäle von Witzleben und von Hammerstein. Ein Krieg sollte also die militärischen Möglichkeiten der deutschen Opposition, die nötig waren, um einen Putsch erfolgreich durchführen zu können, verstärken.
Man sieht, ein Kriegsausbruch war für beide Seiten, die englische Regierung und die Widerstandsbewegung in Deutschland, zwingend notwendig. Durch ihn hofften die Verschwörer die Machtmittel für einen Putsch in die Hände zu bekommen. Und eben dieser Putsch war Grund für die Hoffnung Chamberlains auf einen unblutigen Sieg Englands. Deshalb war es für die englische Regierung gleichgültig, was der Anlaß für diesen Krieg war. Danzig bedeutete für England nichts, wichtig war es nur, weil es einen verblendeten, haßerfüllten Verbündeten, nämlich Polen, bescherte, der bereit war, für England loszuschlagen. Der britische General Ironside erklärte im August 1939 im Beisein des polnischen Botschafters Potocki in Washington: „Danzig ist nichts als der Vorwand des zukünftigen Konfliktes" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 380).
Auf der Seite der deutschen Opposition wartete man nicht untätig auf eine günstige Gelegenheit. Wenn der Kriegsausbruch nötig war, war es nur logisch, auch etwas zu tun, um ihn herbeizuführen. Man wird vielleicht ausdrücklich heute betonen müssen, daß die Widerständler selbstverständlich weder kriegsbesessen noch blutdürstig waren, sondern glaubten, in einem durch einen Kriegsausbruch begünstigten Umsturz das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens zu sehen, zur Umwälzung der Verhältnisse in Deutschland, zum Sturz des Nationalsozialismus.
Hier können nur einige knappe Andeutungen gemacht werden, weil sich dieses Geschehen naturgemäß dem Licht der Öffentlichkeit entzieht und weil überlebende Widerständler heute lieber alle Schuld auf den toten Hitler schieben. Immerhin hat Frau von Ribbentrop mit bewunderungswürdigem Scharfsinn einige bemerkenswerte Hinweise gegeben, die nur eine Deutung zulassen. Hier können nur wenige Beispiele angeführt werden. Während der Märzkrise 1939, in der es dann auch zur englischen Garantieerklärung für Polen kam, versuchten Hitler und Ribbentrop, mit Polen ruhig und möglichst ohne ultimativen

Druck zu verhandeln, um die empfindlichen Polen nicht zu reizen. Entsprechend wurde der deutsche Botschafter in Warschau, Hans Adolf von Moltke, von Ribbentrop mündlich unterrichtet. Unmittelbar darauf geht eine schriftliche Weisung an den deutschen Botschafter ab, die wahrscheinlich von Staatssekretär von Weizsäcker stammt und in der ganzen Tonart das genaue Gegenteil der mündlichen Instruktion durch Ribbentrop besagt, d. h. also von äußerster Schärfe ist und dem deutschen Botschafter aufträgt, den reizbaren Polen ultimative Forderungen zu stellen.

Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig war seit 1937 der Schweizer Carl J. Burckhardt. Auf wessen Seite er steht, wird deutlich daran, daß er einer der engsten Freunde von Weizsäckers ist. Einmal übermittelt Burckhardt folgenden merkwürdigen Ratschlag Weizsäckers nach London: England solle eine „geschlossene Front, ein drohendes Schweigen" wahren, damit Ribbentrop nicht noch einmal Recht behielte. Fürwahr, ein seltsamer Ratschlag des höchsten Beamten im deutschen Auswärtigen Amt an den Gegner des Reiches. Wir haben hier ein Beispiel der Zusammenarbeit Weizsäckers und Burckhardts. Beide Männer beraten sich immer wieder, manchmal heimlich, einmal sogar nach bester Verschwörermanier auf einer Bank im Berliner Tiergarten. Auf diesem Hintergrund nimmt es sich doch recht eigenartig aus, wenn Burckhardt auf zwei Vermittlungsgesuche Deutschlands nicht eingeht. Am 19. Juli 1939 bittet ihn der Danziger Gauleiter Forster im Auftrage Hitlers, zwischen Polen und Danzig zu vermitteln. Dabei weist Forster ausdrücklich darauf hin, daß das Problem Danzig nach Meinung Hitlers auf friedliche Weise gelöst werden müsse und durchaus ein oder zwei Jahre warten könne (Burckhardt, Taschenbuchausgabe, S. 244 ff). Wenige Tage später spricht Forster sogar von drei Jahren (S. 249). Am 11. August 1939 wird Burckhardt auf dem Obersalzberg von Hitler persönlich gebeten, die Vermittlung zwischen England und Deutschland zu übernehmen. Burckhardt liefert uns im ersten Fall gar keine, im zweiten nur eine höchst unzureichende Begründung dafür, daß er nichts auf diese Angebote hin unternimmt (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 388 ff).

Am 23. August 1939 ist Hitler der Meinung, ein isolierter Angriff auf Polen müsse gewagt werden, weil er glaubte, ein Eingreifen Englands doch noch verhindern zu können. Er gibt also

den Befehl, am 26. August den „Fall Weiß" auszulösen. Der einzige außenpolitische Berater Hitlers auf dem Obersalzberg an dem Tage, an dem Hitler diesen politischen Fehlschluß zog, ist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker. Der Reichsaußenminister von Ribbentrop kehrt erst am Abend des 24. August aus Moskau zurück, und am 25. August wird dann der Angriffsbefehl widerrufen.
Diese wenigen Beispiele für die unheilvolle Rolle des deutschen Widerstandes mögen genügen. Es sei noch einmal betont: Die Widerständler wollten den Krieg selbstverständlich nicht des Krieges wegen, sondern wegen der (nach ihrer Ansicht einzigartigen) Möglichkeit, die er für einen Umsturz bot. Wenn man die Ergebnisse ihres Wirkens nüchtern betrachtet, wird man Joachim von Ribbentrop zustimmen müssen, der in seinen Erinnerungen schreibt: „Es besteht heute kein Zweifel mehr, daß England in den letzten beiden Augusttagen die Möglichkeit gehabt hätte, durch einen Wink in Warschau die Krise und damit die Kriegsgefahr zu beseitigen. Daß die britische Regierung das bewußt nicht tat, zeigt, daß England zum Kriege entschlossen war. – Wir wußten damals allerdings noch nicht, daß man in London auf die bereits erwähnte Verschwörergruppe von maßgebendsten deutschen Militärs und Politikern rechnete und dadurch zu einem leichten Sieg über Deutschland zu kommen hoffte. Diese Verschwörerkreise haben daher einen entscheidenden Anteil am Ausbruch des Krieges. Sie haben alle unsere Bemühungen, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, in den letzten Augusttagen vereitelt und bei der englischen Kriegsentscheidung wahrscheinlich den Ausschlag gegeben" (J. v. Ribbentrop, S. 203).

Italiens Abfall

In einem Geheimbericht an Hitler vom 2. Januar 1938, den sogenannten „Schlußfolgerungen", schreibt der damalige deutsche Botschafter in London und spätere Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop u. a.: „Allerdings müßte diese Konstellation (gemeint ist das Bündnis Deutschland-Italien-Japan) fest gefügt sein, und es dürfte bei England und Frankreich kein Zweifel darüber herrschen, daß Italien und Japan fest zu uns stehen und

gegebenenfalls die gemeinsamen Kräfte der Konstellation schlagartig eingesetzt würden . . . (es sollte) gelingen, diese beiden Mächte dazu zu bringen, sich mit uns zu gegebener Zeit solidarisch zu erklären . . . Vor allem wird England aber auch zukünftig bemüht bleiben, die Achse Berlin-Rom zu schwächen, bzw. das Dreieck Berlin-Rom-Tokio zu trennen . . . Steht England mit seinen Bündnissen Deutschland und seinen Freunden gegenüber stärker da, wird es m. E. früher oder später immer schlagen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 120 ff). Diese vorzügliche Lagebeurteilung zeigt, wie hellsichtig Ribbentrop die Entwicklung voraussah. (Übrigens erweisen u. a. auch die „Schlußfolgerungen" Ribbentrop, im Gegensatz zur heute gängigen Meinung, als hervorragenden Diplomaten, der die Verhältnisse viel realer beurteilte als die Karrierediplomaten des Auswärtigen Amtes, die sich so viel auf ihr Fachwissen zugutetaten und in ihren Memoiren noch heute tun).
Daß Ribbentrop mit seiner Überzeugung, England werde immer versuchen, Deutschland in Italien und Japan auszukaufen, recht hatte, zeigen die Bemühungen Englands um Italien. Diese Bemühungen stehen unter dem Stichwort: „Könnte nicht die Achse am Rom-Ende geschwächt werden?" (der Chamberlain-Biograph Keith Feiling, vgl. A. v. Ribbentrop, S. 131), oder wie es in Chamberlains Tagebuch heißt: Die englische Diplomatie bemühe sich, „Mussolini von seiner unangenehmen Rolle zu überzeugen, das schwächere Ende der Achse zu sein" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 131). So schlägt z. B. Chamberlain in einem Brief an Mussolini (überreicht am 1. Februar 1938) „ernsthafte Verhandlungen über eine englisch-italienische Entente" vor, und „Mussolini nahm Chamberlains Brief günstig auf und sandte Grandi (dem italienischen Botschafter in London) die erforderlichen Anweisungen zur Eröffnung ernstgemeinter Verhandlungen" (Hoggan II, S. 244 f).
Italien müsse solidarisch bleiben: Das war Ribbentrops Forderung. Italien müsse zum Abfall gebracht werden: Das war das Bestreben der englischen Diplomatie.
In dieser Lage nun machte sich das Wirken eines italienischen Diplomaten unheilvoll bemerkbar: Bernardo Attolico, der italienische Botschafter in Berlin, war (vgl. Nicoll, S. 161) proenglisch eingestellt. Er war (vgl. C. J. Burckhardt, S. 286) ein Freund des Staatssekretärs von Weizsäcker. „Nach seiner Auffassung

sollte sich Italien von Deutschland distanzieren, wenn es sich weigere, vor den polnischen Ansprüchen zurückzuweichen" (Hoggan I, S. 604).

In den kritischen Augusttagen 1939 versuchte Hitler, wie Ribbentrop es gefordert hatte, ostentativ die Festigkeit des deutsch-italienischen Bündnisses zu erweisen. Am 12. August teilte der italienische Außenminister Ciano Ribbentrop in Salzburg mit: „Italien werde, wenn Deutschland von England und Frankreich angegriffen würde, nicht in den Krieg eintreten" (Hoggan I, S. 602). Hitlers „größte Sorge war, daß die Wirkung des russischen Paktes durch Italiens feste Absicht, Deutschland bei einem Angriff Englands und Frankreichs nicht zu Hilfe zu kommen . . . abgeschwächt werden könnte" (Hoggan I, S. 603). Deshalb verhandelte er am 13. August auf dem Obersalzberg persönlich mit Ciano und hatte vollen Erfolg. „Ciano hatte Hitler persönlich sein Wort gegeben, daß die italienisch-deutsche Solidarität gewahrt bleiben werde" (Hoggan I, S. 604).

„Auffällig war und ist, auch für den heutigen Beobachter, daß der italienische Botschafter Attolico, der an den Berchtesgadener Besprechungen teilgenommen hatte und anschließend mit Ciano nach Rom fliegen wollte, zunächst wieder nach Berlin reiste, um nach einem nur 48stündigen Aufenthalt sich dann doch nach Rom zu begeben. Welchem Zweck diese Berlin-Reise des italienischen Botschafters gedient hat, ist ungeklärt" (A. v. Ribbentrop, S. 444). Vergessen wir dabei nicht, daß Attolico ein Freund Weizsäckers war, der am 15. August mit den Botschaftern Englands und Frankreichs in Berlin Verhandlungen führte und dabei von den Regierungen beider Länder Festigkeit gegenüber der deutschen Regierung verlangte. An eben diesem 15. August begab sich Attolico nach Rom, um Ciano wie Mussolini „davon zu überzeugen, daß die italienische Politik ihren Kurs ändern müsse" (Nicoll, S. 162). Der Erfolg seines Wirkens zeigte sich darin, daß am 18. August Außenminister Ciano den englischen Botschafter Sir Percy Loraine zu sich bat und ihn, nachdem er in einer ersten Begegnung sich mit Deutschland solidarisch erklärt hatte, in einer zweiten Unterredung am Abend vertraulich davon in Kenntnis setzte, „daß Italien im Kriegsfalle Deutschland unter keinen Umständen beistehen würde" (Nicoll, S. 162). Sir Percy Loraine war „von dem unerwarteten und bedingungslosen Neutralitätsversprechen Italiens stark beeindruckt" (Nicoll, S.

162). Natürlich wurde diese günstige Nachricht sofort nach London weitergegeben. „Cianos Indiskretion wirkte in London geradezu wie ein elektrischer Schlag und schwächte den Hieb, den Hitler mit seinem unerwarteten Rußlandabkommen auszuteilen gedachte, außerordentlich ab" (Hoggan I, S. 607). Am nächsten Tag, also am 19. August, wurde auch Frankreich unterrichtet. Wie verhängnisvoll sich dort die Nachricht von Italiens Abfall von der Achse auswirkte, werden wir noch sehen.

Der deutsche Verbündete, der ja wohl Anspruch auf Unterrichtung gehabt hätte, zumal er Italiens Solidarität in seine diplomatische Rechnung einkalkuliert hatte, erhielt die Nachricht erst am 25. August, eine volle Woche nach England. Italien stellte an diesem Tage fest, es könne seine Bündnisverpflichtungen nicht erfüllen, wenn es nicht Kriegsmaterial und Rohstoffe von Deutschland erhalte. Die angeforderte Menge war so hoch angesetzt, daß Liefermöglichkeiten in diesem Ausmaß völlig ausgeschlossen waren. Damit war der Verrat Italiens, vorangetrieben durch Attolico und Ciano, perfekt. Ganz gewiß hat diese Tatsache, wie Hitler damals bereits zu Ribbentrop sagte (J. v. Ribbentrop, S. 187), auch in London zur Ratifizierung des englisch-polnischen Paktes am 25. August beigetragen (vgl. dazu auch noch: Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. DTV, S. 191). Und ebenso gewiß ist es, daß diese entscheidende Schwächung der Achse der britischen Kriegspolitik kräftigen Auftrieb gegeben hat.

Frankreichs Zaudern

Dieser Krieg war, wie wir gesehen haben, Englands Krieg. Deshalb kann uns hier auch nicht die gesamte französische Außenpolitik vor 1939 interessieren. Wichtig ist nur die Rolle, die Frankreich unter Laval und, vor allem, Bonnet spielte, um den Frieden zu erhalten.

Frankreich war die treibende Kraft hinter den harten Bedingungen von Versailles gewesen. Es hatte sich sämtlichen Abrüstungsvorschlägen im Völkerbund widersetzt. Es hatte mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion ein Bündnis gegen Deutschland geschlossen. Und trotzdem können wir Frankreich nicht als

die treibende Kraft bei Kriegsausbruch bezeichnen. Seine Schuld liegt am ehesten darin, daß die friedenswilligen Politiker, wie Bonnet, (neben denen es selbstverständlich eine starke Kriegspartei gab, zu der u. a. die führenden Politiker Mandel, Zay, Reynaud und die Journalisten de Kerillis und Geneviève Tabouis gehörten, vgl. Hoggan II, S. 261) nicht hart genug durchgriffen, sondern zu sehr zauderten.
Schon Pierre Laval hatte eine vorsichtige Entspannungspolitik begonnen, die auf einen Ausgleich mit Italien und Deutschland hinauslief. Diese Entwicklung wurde abrupt abgebrochen, als die Friedenspolitik Lavals gerade vor einem Erfolg stand. In der italienisch-äthiopischen Krise 1935 wurde der erfolgversprechende vermittelnde Hoare-Laval-Plan durch eine gezielte Indiskretion zum Scheitern gebracht. Quelle dieser Indiskretion war bezeichnenderweise der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Vansittart, dessen Spuren in der Politik dieser Jahre wir bereits mehrfach begegnet sind. Die weitere, wohl beabsichtigte Folge dieses Scheiterns war der Sturz Lavals. Der Versuch Frankreichs, eigenständige Politik zu treiben und sich der englischen Bevormundung zu entziehen, hatte sich damit durch englische Intrigen zerschlagen (Hoggan II, S. 124f). Pierre Laval sieht das sehr deutlich und erklärt einem Freund, „England habe sich einer französisch-deutschen Verständigung stets widersetzt" (Hoggan II, S. 301).
Es folgte die Volksfrontregierung unter Leon Blum. Aber diese stalinistische Episode (1936—1938) unterbrach doch nur kurz die, insgesamt gesehen, konservative Entwicklung in Frankreich (Hoggan II, S. 9). Auf die Volksfrontregierung folgte das bürgerliche Kabinett Daladier, in dem Georges Bonnet Außenminister wurde. Auch er gab, wie Pierre Laval, die traditionelle französische Politik nicht grundsätzlich auf, aber auch er versuchte doch vorsichtig, eine Entspannung im deutsch-französischen Verhältnis herbeizuführen. Hoggan charakterisiert ihn folgendermaßen: „Bonnet war einer der Anführer der gemäßigten Richtung und setzte sich für Verpflichtungen Frankreichs ein, die dem Frieden dienen würden. Bonnet war im Gegensatz zu den britischen Führern ein echter und aufrichtiger Fürsprecher einer ständigen Friedenspolitik gegenüber Deutschland" (Hoggan I, S. 141). Allerdings wird auch bereits, im Januar 1938, eine andere Seite der Persönlichkeit Bonnets deutlich: Anläß-

lich einer Regierungskrise zeigte sich, „daß Bonnet in letzter Minute zur Übernahme der nötigen Verantwortung nicht bereit war . . . Bonnet besaß zwar durchaus die Fähigkeit, jede politische Lage zu meistern, der er sich gegenübersah, war aber im Grunde vorsichtig, ja sogar ängstlich, und besaß daher nicht die erforderliche Charakterstärke, ein Programm auch unter recht widrigen Umständen mit rücksichtsloser Entschlossenheit durchzusetzen. Er war in dieser Hinsicht ganz anders als Laval, und letztlich war Frankreich gezwungen, einen sehr hohen Preis für diese Charakterschwäche eines im übrigen glänzenden Staatsmannes zu zahlen" (Hoggan II, S. 243). Immerhin war Bonnet „der festen Überzeugung, daß seine Ernennung zum Außenminister die Rettung des Friedens in Europa ermöglichen würde" (Hoggan II, S. 264).
Sein außenpolitisches Programm war durch folgende fünf Punkte gekennzeichnet:

1. Zusammenarbeit mit Großbritannien,
2. Beibehaltung des französisch-sowjetischen Bündnisses,
3. Wiederherstellung der Freundschaft mit Italien,
4. Aussöhnung mit Deutschland,
5. Loslösung von den kleinen Verbündeten Frankreichs, — das heißt, Weigerung, den kleineren Ländern wie Polen und besonders der Tschechoslowakei fernerhin zu gestatten, daß sie Frankreich im Jahre 1938 und später seine Politik vorschrieben, wie sie es 1933 zur Zeit der Unterzeichnung des Viermächtepakts getan hatten — (Hoggan II, S. 266).

Folgerichtig mobilisierte Frankreich in der Sudetenkrise nicht, obwohl ein großer Teil der französischen Presse ausgesprochene Kriegshetze betrieb (vgl. Das Geheimnis . . ., S. 94 ff.). Dem Chamberlain-Biographen Keith Feiling zufolge (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 219) habe Bonnet auf einer Kabinettssitzung am 13. September 1938 „offensichtlich betont, daß jede Lösung besser sei als Krieg, sogar eine sudetendeutsche Volksabstimmung; Frankreich sei nicht bereit, 10 Millionen Männer zu opfern, um 3 Millionen Deutsche daran zu hindern, sich dem Reich anzuschließen". Es solle eine Konferenz angestrebt werden, auf der Frankreich zu weitgehenden Konzessionen bereit sei, falls eine friedliche Regelung erfolge. Konsequent unterschrieb also auch Daladier das Münchner Abkommen vom 29. September 1938,

und Bonnet sah in dieser „erfolgreichen Münchner Konferenz den Triumph seiner eigenen Diplomatie" (Hoggan II, S. 333).
Am 6. Dezember 1938 unterzeichneten Ribbentrop und Bonnet in Paris eine Freundschaftserklärung, die eine Periode besserer „Zusammenarbeit" für den Frieden einleiten sollte (Hoggan II, S. 378 f). Zwar waren in der Erklärung die besonderen Beziehungen der Parteien zu dritten vorbehalten. In einer vertraulichen Besprechung der beiden Außenminister wurde jedoch festgestellt, daß damit nur das deutsch-italienische und das französich-englische Verhältnis gemeint sei und daß Frankreich sich an Osteuropa desinteressieren werde. Der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, berichtet am 17. Dezember 1938 nach Warschau, Bonnet habe ihn davon unterrichtet, daß er dem deutschen Außenminister gegenüber „die Sinnlosigkeit sowohl des Bündnisses mit uns wie des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt habe" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 274; vgl. auch oben Punkt 5 der Ziele Bonnets).
Trotz verschiedener Störversuche bemüht sich Bonnet in der Folge weiter, Frankreich aus einem Kriege herauszuhalten. Allerdings stärkt jetzt ein neuer Faktor die französische Kriegspartei entscheidend: Die Kriegsabsicht des britischen Außenministers Halifax. Daraus resultiert nämlich auch seine (Halifax') Absicht, „die Franzosen trotz ihrer beachtenswerten Anpassung an die neuen europäischen Verhältnisse in einen Krieg mit Deutschland hineinzuziehen, nachdem die Engländer rechtzeitig an der Beseitigung des französischen Übergewichts in Europa entscheidend mitgewirkt hatten" (Hoggan II, S. 348).
Einer der Wege britischen Einflusses läuft über einen Teil der französischen Presse, allen voran Henri de Kerillis (vgl. Hoggan II, S. 413). Aber weite Kreise Frankreichs, auch ein großer Teil der Generalität (vgl. Hoggan II, S. 407 f), waren unbedingt gegen einen Krieg (Hoggan II, S. 10 f.).
Besonders intensiv werden Bonnets Anstrengungen für den Frieden nach Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes. Damit hatte der bedeutendste Bundesgenosse Frankreichs ein Separatabkommen mit Deutschland geschlossen. Deshalb entschloß sich Bonnet „am 23. August 1939 zu einem energischen Versuch, Frankreichs Außenpolitik von der britischen Bevormundung zu befreien" (Hoggan I, S. 628) und „Frankreich aus seinen verhängnisvollen Verpflichtungen gegenüber

Polen zu lösen" (Hoggan II, S. 421). Er berief eine Sitzung des Verteidigungsrates ein. Der Zweck dieser Konferenz wird schon daran deutlich, daß der als Kriegstreiber bekannte Kolonialminister Georges Mandel nicht eingeladen wurde, obwohl er in der Regel an den Sitzungen des Verteidigungsrates teilnahm. „Bonnet hoffte, auf die Polen den gleichen Druck zugunsten des Friedens ausüben zu können wie im vorhergehenden Jahr auf die Tschechen" (Hoggan I, S. 629). Nicoll schreibt dazu: „Mit Unterstützung einiger Minister und dem stillschweigenden Einverständnis des Premiers Daladier war er entschlossen, eine Entscheidung des Rates herbeizuführen, daß Frankreich sich praktisch aus einem deutsch-polnischen Krieg heraushalten sollte" (S. 160). Bonnet „wußte, daß die Briten sehr schnell auf ihren Widerstand gegen Hitler verzichten würden, wenn sie sich der französischen Unterstützung beraubt sähen" (Hoggan I, S. 629). Er „erwartete natürlich, General Maurice Gamelin, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, werde seine Erklärung vom 13. März 1939 wiederholen, daß die Voraussetzungen für eine bewaffnete Intervention Frankreichs in Mitteleuropa ungünstig seien" (Hoggan II, S. 421). Trotz der allgemein bekannten Mängel des französischen Heeres, trotz der deutlich gewordenen Absicht Bonnets, Frankreich herauszuhalten, behauptete Gamelin, „die militärische Lage Frankreichs sei günstig" (Hoggan II, S. 422). Hoggan vermutet, daß Gamelin „die Konferenz als eine persönliche Intrige gegen das französische Oberkommando ansah, weil bei dieser Gelegenheit die militärische Unzulänglichkeit offen zutage zu treten drohte" (Hoggan I, S. 630). Als weiteren Grund nennt Hoggan: „General Gamelin wußte, daß die Engländer einen rücksichtslosen Druck ausübten, um Frankreich in den Krieg zu zwingen. Gamelin hegte den Verdacht, Bonnet versuche, die Gesamtverantwortung für eine weitere französische Neutralität seinen Schultern aufzubürden . . . Man würde ihn im Inland höchstwahrscheinlich der Unfähigkeit bezichtigen, und seine Entlassung wäre als Beschwichtigungsgeste den Engländern gegenüber mit Bestimmtheit zu erwarten . . . Gamelin wünschte nicht, daß Frankreich für Polen in den Krieg zöge, wohl aber war es sein Wunsch, daß Bonnet die Herauslösung aus seinen Verpflichtungen zu verantworten haben sollte" (Hoggan II, S. 423). Gamelin stellte nur eine einzige Bedingung: Italien müsse neutral bleiben. Wir haben aber

oben gesehen, daß Frankreich seit dem 19. August, also seit vier Tagen, die Zusage der italienischen Neutralität hatte. Hier haben wir ein ganz handfestes Beispiel für die verhängnisvolle Wirkung des italienischen Abfalls.
Durch Gamelins Haltung war Bonnets Plan, sich auf einem Umwege von Polen und England zu lösen, mißglückt. Und es fehlte Bonnet „der notwendige Mut . . . um einen zähen Gegner wie Lord Halifax herauszufordern, der über die sprichwörtliche Rücksichtslosigkeit und Brutalität der anglonormannisch-britischen Aristokratie verfügte. Premierminister Daladier verließ sich gleichfalls auf Bonnet, ohne dabei diesen einen, tragischen Charakterfehler eines sonst so scharfsinnigen und glänzenden Staatsmannes in Rechnung zu stellen — den Mangel an Mut. Hätte sich einer der beiden, Gamelin oder Daladier, bereiterklärt, die gesamte Verantwortung auf sich zu nehmen, so hätte der gewandte Bonnet Frankreich freudig und mit Leichtigkeit aus der diplomatischen Krise herausgesteuert . . . (Bonnet) hatte nicht den Mut, beim Vereiteln der britischen Verschwörung, die auf die Entfesselung eines neuen Weltkrieges zielte, die führende Rolle zu übernehmen. So mußte die Sitzung des französischen Verteidigungsrates am 23. August 1939 infolge dieser traurigen Mißverständnisse und befürchteten Intrigen innerhalb der französischen Führung zu einem schlimmen Fiasko werden. Eine großartige Gelegenheit zur Rettung Frankreichs und des Friedens war damit vertan" (Hoggan II, S. 423 f.). Warum mit dem Mißerfolg dieser Konferenz große Chancen zur Erhaltung des Friedens vertan worden sind, sagt Nicoll sehr deutlich: „Hätten sich die Franzosen am 23. August entschieden, sich an einem Präventivkrieg nicht zu beteiligen, so wäre England 1939 höchstwahrscheinlich auch nicht zum Kriege geschritten. Es hätte Polen vermutlich gezwungen, die deutschen Bedingungen zu akzeptieren oder seine Sache mit Deutschland allein auszufechten" (S. 160). (Es sei nochmals an die „Schlußfolgerungen" Ribbentrops erinnert: „Steht England *mit seinen Bündnissen* Deutschland und seinen Freunden gegenüber *stärker* da . . ." Fiel Frankreich als Bündnispartner aus, so war eben diese Voraussetzung nicht mehr gegeben!).
Trotz des Fehlschlages der Konferenz vom 23. August 1939 resignierte Bonnet aber immer noch nicht. Das zeigt das Schicksal des italienischen Konferenzvorschlages vom 2. September 1939.

Roosevelts Rolle beim Ausbruch des Pazifischen Krieges, beim Angriff der Japaner auf Pearl Harbour, wurde bald nach Kriegsende in den Vereinigten Staaten einer kritischen Untersuchung unterzogen. Es darf heute zweifelsfrei festgestellt werden, daß Roosevelt Japan ganz bewußt provoziert, es politisch und vor allem auch wirtschaftlich immer enger eingeschnürt hat und dann in verbrecherischer Absicht den Angriff auf Pearl Harbour, von dem er lange vorher Kenntnis hatte, hat geschehen lassen, um durch diesen Schock sein kriegsunwilliges Volk in den europäischen Krieg hineinzuzwingen. Uns interessieren hier allerdings mehr die Forschungen zur Rolle Roosevelts beim Ausbruch des europäischen Krieges. Wenn auch noch nicht alle Dokumente veröffentlicht sind, so genügen doch die bisherigen Forschungsergebnisse, um Roosevelt als treibende Kraft hinter England und Polen in den schicksalhaften Monaten der Jahre 1938 und 1939 zu erkennen.

Der Paukenschlag seiner Chikagoer Rede vom 5. Oktober 1937 eröffnete einen Zeitraum großer amerikanischer Aktivität in europäischen Fragen. In dieser Rede hatte der Präsident eine Quarantäne über die sogenannten Angreifernationen, die mit ihren 10 % die übrigen 90 % der Weltbevölkerung terrorisierten, gefordert. Diese Prozentsätze machen es sofort deutlich, daß Roosevelt zwar Deutschland, Italien und Japan meint, nicht aber die Sowjetunion. Die Gründe für diese Rooseveltsche Aggressivität waren wohl innenpolitischer Art: „Die direkte Staatsschuld der Vereinigten Staaten stieg von 22,5 Milliarden im Jahre 1933 auf 40,4 Milliarden (Dollar) im Jahre 1939“ (H. Sündermann: Die Pioniere und die Ahnungslosen, S. 147 Anm.). „Die öffentliche Meinung mußte . . . abgeleitet werden . . . vom richtigen Erfassen der Wirtschaftskrise, die das ganze New-Deal-Gebäude erschütterte. Das amerikanische Augenmerk sollte von anstößigen Auftritten im eigenen Staat auf ferne Länder abgelenkt werden, wo gottlose Diktatoren die Grundlagen der sozialen Ordnung gefährdeten“ (Tansill in: Entlarvte Heuchelei, S. 85).

Von jetzt an wird der Druck eines neuen Mitspielers hinter der europäischen Szene deutlich spürbar. Als im Herbst 1938 in München zum erstenmal europäische Staatsmänner auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine Revision des Ver-

sailler Diktates vornehmen und das Sudetenland zum Reich zurückkehrt (aus welchen Gründen auch immer Chamberlain zustimmen mochte), da setzt schon bald eine heftige Schimpfkanonade auf diese weise staatsmännische Tat ein: Sie wird als „Beschwichtigungspolitik" (appeasement) verleumdet, die Parole „stop Hitler" wird ausgegeben. Zur Zeit der Sudetenkrise hatte Roosevelt in London versichern lassen, er sei entschlossen, „mit Chamberlain zu gehen, für welchen Kurs sich dieser auch entscheiden würde" (Entl. Heuchelei, S. 99). Jerzy Potocki, damaliger polnischer Botschafter in Washington, charakterisiert Roosevelts Absicht sehr klar:

„Ich kann nur sagen, daß Präsident Roosevelt als geschickter politischer Schachspieler und Kenner der amerikanischen Mentalität eiligst die öffentliche Aufmerksamkeit von der heimischen Situation ablenkte und sie mit auswärtiger Politik beschäftigte. Der Weg, um dies zu erreichen, war einfach genug. Man brauchte nur einerseits die Bedrohung der Welt durch Krieg auf Kosten Hitlers zu vergrößern und andrerseits ein Gespenst zu schaffen durch die Behauptung, die totalitären Staaten würden die Vereinigten Staaten attackieren. Das Münchner Abkommen kam für Roosevelt wie ein Gottesgeschenk. Er legte es als Kapitulation Englands und Frankreichs vor dem kriegerischen deutschen Militarismus aus" (Entl. Heuchelei, S. 100).

Roosevelt hat also zu handeln beschlossen, und die Spur seines Wirkens ist nicht zu übersehen. Der Botschafter der USA in Paris, William Bullitt, berichtet dem uns schon bekannten Grafen Potocki, es sei „die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf Seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen" (vgl. J. v. Ribbentrop, S. 313 f.).

Wie wenig Roosevelt es bei Worten bewenden läßt, zeigt in aller Klarheit ein Lagebericht des deutschen Geschäftsträgers in Washington, Thomsen, vom 27. März 1939: „Niemand kann verkennen, daß sich Amerika auf einem Wege bereits gefährlich

weit vorgewagt hat, der dazu führen muß, dem Kriegswillen im eigenen Lande sowie in andern Ländern Vorschub zu leisten. Gegen Deutschland ist mit fadenscheinigen Argumenten ein Wirtschaftskrieg vom Zaun gebrochen worden. Das eigene wirtschaftliche Interesse ist dabei bewußt unberücksichtigt geblieben. Den westlichen ‚Demokratien' ist weitgehende Unterstützung gegen Deutschland teils zugesagt, teils schon gewährt worden. Das Neutralitätsgesetz soll entweder ganz fallen oder zugunsten Frankreichs und Englands abgeändert werden . . . Amerikanisches Gold und amerikanische Kredite arbeiten in Südamerika nur zu dem Zweck, Deutschlands Export zu treffen. Die eigenen Rüstungen werden sprunghaft erhöht.

. . .Roosevelt ist in seinem Innern davon überzeugt, daß Deutschland der Feind ist, der vernichtet werden muß . . . Er glaubt nicht an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens und rechnet mit einer Auseinandersetzung zwischen den totalitären Mächten und den Demokratien . . . Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gelehrt, daß Jahre dazu gehören, um die Industrie Amerikas auf Kriegsbedarf umzustellen. Dieser Fehler soll unter Roosevelts Führung nicht wiederholt werden. Darum wird das amerikanische ‚Kriegs-Potential' schon jetzt allmählich auf den Ernstfall umgestellt . . . Um diese Politik zu fördern, bedient sich Roosevelt der rücksichtslosesten Propaganda, wobei ihm die Kräfte zu Hilfe kommen, die in der Vernichtung Deutschlands sowohl ihren Triumph wie ihr Geschäft sehen" (vgl. A. v. Ribbentrop, S. 293 f.).

England und Frankreich stehen unter dem ständigen Druck Roosevelts, was wiederum Bullitt, diesmal gegenüber dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, so formuliert: „Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik . . . zurückzuhalten" (Sündermann, Das Dritte Reich, S. 44). Und recht drastisch wird dieser Tatbestand umschrieben in den Tagebüchern des Rooseveltschen Marineministers James Forrestal. Dort heißt es unter dem Datum vom 27. Dezember 1945 über eine Unterhaltung mit Joseph P. Kennedy, von 1937—1940 amerikanischer Botschafter in London: „In den Telefongesprächen mit Roosevelt im Sommer 1939 habe ihm (Kennedy) der Präsident dauernd gesagt, er solle Chamberlain

ein heißes Eisen auf die Kehrseite drücken" (Tansill, Hintertür, S. 597; Dahms: Roosevelt und der Krieg, S. 31). Und auch das Ergebnis dieses andauernden Drucks wird in diesen Tagebuchnotizen eindeutig formuliert. Forrestal schreibt: „Kennedys Ansicht: Hitler hätte ohne späteren Konflikt mit England gegen Rußland losgeschlagen, wenn nicht Bullitt Roosevelt dahin bearbeitet hätte, daß man den Deutschen in den polnischen Angelegenheiten kühn entgegentreten müsse; weder die Franzosen noch die Briten hätten Polen zu einem Kriegsgrund gemacht, wenn nicht dauernd Washington gebohrt hätte . . . Chamberlain, sagt er, habe erklärt, daß Amerika (und das Weltjudentum. So im Originaltext) England in den Krieg getrieben habe" (Tansill, Hintertür, S. 597).
Zusammenfassend läßt sich sagen: „An dem nüchternen Tatbestand, daß zwischen dem Herbst 1937 und dem Frühjahr 1939 die europäische Lage grundlegend dadurch geändert wurde, daß der Präsident der Vereinigten Staaten sich in die kontinentalen Entscheidungen einschaltete, kann nicht vorübergegangen werden" (Sündermann, Das Dritte Reich, S. 45). Die Frage, woher die englische Wandlung gegenüber der deutschen Politik zwischen dem Abschluß des Flottenabkommens mit Deutschland 1935 und der bedingungslosen Polengarantie 1939 stammt, erfährt auch von hierher eine Antwort (vgl. bei Walendy den Abschnitt: Die Vereinigten Staaten von Amerika, S. 273 ff.).
Wie Roosevelt dann dem Krieg nachgelaufen ist, wie er Deutschland und Italien von 1939—1941 aufs schärfste provoziert hat, hat in einem geradezu klassischen Überblick unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse Nicoll im 8. Kapitel seines Buches „Englands Krieg gegen Deutschland", S. 238—277 dargestellt.

Das Schicksal des italienischen Konferenzplans vom 2. September 1939

In einer glänzenden Untersuchung in der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung 62/4 „Der 2. September 1939" hat Frau von Ribbentrop das Schicksal des italienischen Vermittlungsvorschlages, der noch einmal den Krieg hätte abwenden können, in

allen Einzelheiten dargestellt. Wir können hier nicht allen verschlungenen Pfaden dieser entscheidenden Tage um den 1. September nachgehen. Einige knappe Hinweise müssen genügen.

Am 31. August wird Außenminister Halifax von Ciano über Mussolinis Plan einer Konferenz informiert. Auch die französische Regierung wird an diesem 31. August über den Konferenzplan unterrichtet. Halifax steht diesem Plan sofort ablehnend gegenüber, er betrachtet ihn als „Falle" und verlangt direkte deutsch-polnische Verhandlungen. Wie wenig die Polen dazu bereit sind, ja auch wie wenig England in Wirklichkeit daran interessiert ist, hatten wir bereits gesehen. Dagegen informiert Außenminister Bonnet die italienische Regierung am 1. September über die grundsätzliche Bereitschaft Frankreichs zu einer Konferenz unter Einschluß Polens. Die französische Nachrichtenagentur Havas veröffentlicht eine entsprechende Mitteilung.

In Deutschland sucht am 31. August Botschafter Attolico Staatssekretär von Weizsäcker auf und unterrichtet ihn über Mussolinis Plan. Eine Reihe von Indizien macht es mehr als wahrscheinlich, daß Hitler und Ribbentrop von diesem italienischen Schritt nicht unterrichtet werden. (Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß auch die Möglichkeit einer päpstlichen Initiative auf der Grundlage der deutschen Märzvorschläge, angeboten am 30. August, gar nicht über von Weizsäcker hinaus zur Kenntnis Ribbentrops und Hitlers gelangte).

In Rom unterrichtet Ciano am 31. August noch einmal den englischen Botschafter Sir Percy Loraine von dem italienischen Entschluß, nicht gegen England und Frankreich zu kämpfen. Daß dieser erneut so betonte Abfall Italiens die Annahme des Konferenzplans bei den Westmächten nicht fördert, liegt auf der Hand. Trotzdem bemüht sich Bonnet weiter um diese Annahme. Auch den Pressionen Englands und Polens gegenüber, die ein unverzügliches Eingreifen Frankreichs verlangen, bleibt er standhaft. Allerdings werden am 1. September in Berlin gleichlautende britische und französische Erklärungen ultimativen Charakters übergeben.

Am 2. September wird endlich auch offiziell die Reichsregierung über den Konferenzplan unterrichtet. Die Vorschläge Mussolinis sehen u. a. vor, daß ein sofortiger Waffenstillstand die Truppen

dort beläßt, wo sie sich gerade befinden, und in zwei bis drei Tagen eine Konferenz einberufen werden soll. In einer Unterredung zwischen Attolico und Ribbentrop sagt der Reichsaußenminister eine grundsätzliche Antwort binnen 24 Stunden zu, nachdem erklärt worden ist, die Noten Frankreichs und Englands vom Vortage stellten kein Ultimatum dar. „Die Reichsregierung verhielt sich nicht . . . hinhaltend, um Zeit zu gewinnen, sondern verzichtete auf die Beantwortung der britisch-französischen Note, um auf den Konferenz- und Waffenstillstandsvorschlag Mussolinis positiv eingehen zu können" (DHZ 62/4, S. 24/II). Bonnet spricht von einer „Einwilligung Hitlers". Da auch Beck den Plan „anscheinend nicht völlig ablehnte" (DHZ, S. 25/I), lag die Entscheidung über das Schicksal der Konferenz bei den Briten. Halifax ist nicht bereit, auf der Grundlage der Mussolini-Vorschläge zu verhandeln, sondern fordert vor jeder Zusage zu Verhandlungen den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen. Damit ist der Konferenzplan gescheitert. „Frankreich, seit 1919 Polens Verbündeter — während Großbritannien seinen Garantiepakt mit Polen, der sich ausschließlich gegen Deutschland richtete, erst 5 Monate zuvor eingegangen war — befürwortete den italienischen Waffenstillstands- und Konferenzplan; die polnische Regierung lehnte ihn nicht ab, und die deutsche Regierung hatte zugesagt, Vorschläge für eine Waffenstillstandskonferenz inerhalb 24 Stunden fertigzustellen. Nur die britische Regierung, obwohl sie Polen militärische Unterstützung nicht bieten konnte, hatte sich schon seit dem 31. August, vor dem Beginn der Kampfhandlungen und als Deutschland noch in Unkenntnis des italienischen Vorschlages war, ablehnend gegenüber einer Konferenz, die am 5. September stattfinden sollte, eingestellt und diese letzte Friedensmöglichkeit am 2. September 1939 kategorisch abgelehnt. Mussolini mußte seinen Vermittlungsvorschlag als nicht mehr bestehend erklären" (DHZ, S. 25/II). „Mit der Forderung der Zurückziehung der deutschen Truppen aus Polen hat die britische Regierung den vermittelnden Vorschlag eines Waffenstillstandes zum Scheitern gebracht. Es gibt weder in der vorhergegangenen noch in der seitherigen Weltgeschichte ein vergleichbares Beispiel. Auch die Forderungen des heutigen Weltsicherheitsrates der UN zielen bei Ausbruch von Kampfhandlungen zunächst nur auf Waffenruhe. Nach dem Rezept der britischen Regierung vom

2. September 1939 wurde bisher nicht wieder verfahren" (DHZ, S. 25/II).
Daß England an der Konferenz überhaupt nicht interessiert war, wird auch noch deutlich an einer Tatsache, die uns Burckhardt berichtet (Taschenbuchausgabe, S. 277 f.). Am 2. September sitzt Burckhardt in Kowno (Kaunas) beim Mittagessen mit dem britischen Gesandten in Litauen. Da erhält dieser ein Telegramm: „War one Halifax" (d. h. Krieg Nr. 1, allein gegen Deutschland und nicht gegen Italien). Dieses Telegramm kommt zur gleichen Stunde in Kowno an, als in Berlin Ribbentrop überhaupt erst über den italienischen Konferenzplan unterrichtet wird und eine positive Antwort gibt. England hat seit dem 31. August ausschließlich „Nein" gesagt.
Frau von Ribbentrop zieht die Summe: „Der britischen Regierung war von ihrem Botschafter in Rom die Annahme des italienischen Waffenstillstands- und Konferenzplans empfohlen worden, weil ‚Hitler schwerlich nein sagen' könne, wenn er dahin informiert werde, ‚daß England und Frankreich bereits grundsätzlich zugestimmt haben. Wenn er dann doch nein sagt, dann habe man der Katze die Schelle angehängt'. Chamberlain aber ging das Risiko seiner Zustimmung zu einer Konferenz am 5. September nicht ein in der richtigen Annahme, daß Hitler diese Möglichkeit, den Konflikt zu beenden, ergreifen würde. Die Überraschung des 2. September 1939 war die durch Ribbentrop übermittelte Zustimmung Deutschlands zu Mussolinis Konferenzplan entgegen dem allgemein erwarteten Nein Hitlers. Unmittelbar darauf hat die britische Regierung den Krieg Nr. 1, d. h. nicht gegen Italien, bekanntgegeben" (DHZ 62/4, S. 27/II).
An dem Mißlingen dieses Vermittlungsversuches haben noch einmal einige der bereits aufgezählten Faktoren Anteil: Englands Kriegswillen, die Absicht der deutschen Opposition, Hitler um jeden Preis zu stürzen, Italiens feiger Abfall und, da auch Bonnet sich letztlich England beugt, Frankreichs Unentschlossenheit.
England hat seinen Krieg gehabt, und „ich erwarte, daß man mir nachweist, daß es der Welt dadurch nun besser geht." (P. A. Cousteau in: Das Geheimnis . . ., S. 108).

Literaturhinweise

David L. Hoggan, Der erzwungene Krieg. Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen, 4. Auflage 1963, (Hoggan I)

David L. Hoggan, Frankreichs Widerstand gegen den Zweiten Weltkrieg. Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1963, (Hoggan II)

A. J. P. Taylor, Die Ursprünge des 2. Weltkrieges. Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, (Taylor)

A. v. Ribbentrop, „Verschwörung gegen den Frieden". Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See, 1962, (A. v. Ribbentrop)

Peter H. Nicoll, Englands Krieg gegen Deutschland. Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1963, (Nicoll)

Charles C. Tansill, Die Hintertür zum Kriege. Droste-Verlag Düsseldorf, 4. Aufl. 1958, (Tansill: Hintertür)

Udo Walendy, Wahrheit für Deutschland. Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho/Weser 1963, (Walendy)

Joachim von Ribbentrop, Zwischen London und Moskau. Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See 1954, (J. v. Ribbentrop)

Harry E. Barnes (Hrsg.), Entlarvte Heuchelei. Damm-Verlag, München, (Entl. Heuchelei)

René d'Argile u. a., Das Geheimnis um die Ursachen des 2. Weltkrieges. Damm-Verlag München (Das Geheimnis . . .)

Helmut Sündermann, Alter Feind — was nun? Druffel-Verlag, Leoni am Starnberger See

—, Die Pioniere und die Ahnungslosen. Druffel-Verlag Leoni

—, Das Dritte Reich. Druffel-Verlag Leoni

Willi Glasebock, War Deutschland am 2. Weltkrieg allein schuld? Ring-Verlag Niederpleis-Siegburg

C. J. Burckhardt, Meine Danziger Mission 1937—1939. Deutscher Taschenbuch-Verlag 1962

Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, hrsg. Dr. habil. Herbert Grabert, Tübingen, Postfach 308 (DHZ)

Nation Europa, Hrsg. Arthur Ehrhardt, Coburg, Postfach 670 (NE)

(ADAP = Akten zur deutschen auswärtigen Politik Serie D 1937-1939)